

HEINRICH DE WALL

Die Anwendbarkeit  
privatrechtlicher  
Vorschriften  
im Verwaltungsrecht

*Jus Publicum*

46

---

**Mohr Siebeck**

# JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 46





Heinrich de Wall

Die Anwendbarkeit  
privatrechtlicher Vorschriften  
im Verwaltungsrecht

dargestellt anhand der privatrechtlichen Regeln  
über Rechtsgeschäfte und anhand  
des Allgemeinen Schuldrechts

Mohr Siebeck

*Heinrich de Wall*, geboren 1961, Studium der Rechtswissenschaft 1980–85 in Göttingen. 1986–89 Wiss. Mitarbeiter am Hans-Liermann-Institut für Kirchenrecht der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. 1990 Promotion zum Dr.jur. an der Juristischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg. 1989–92 Referendariat in Nürnberg. 1992 2. Staatsexamen. 1992–97 Wiss. Assistent am Hans-Liermann-Institut. 1997 Habilitation durch die Juristische Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg. Seit 1998 Professor für Öffentliches Recht, Staatskirchen- und Kirchenrecht an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

Als Habilitationsschrift auf Empfehlung der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg gedruckt mit Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

*Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme*

*Wall, Heinrich /de:*

Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht : dargestellt anhand der privatrechtlichen Regeln über Rechtsgeschäfte und anhand des allgemeinen Schuldrechts / Heinrich de Wall. - Tübingen : Mohr Siebeck, 1999

(Jus publicum ; Bd. 46)

ISBN 3-16-147023-0

978-3-16-158081-9 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

© 1999 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Microverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Martin Fischer in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, von Gulde-Druck in Tübingen auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier der Papierfabrik Niefern gedruckt und von der Großbuchbinderei Heinr. Koch in Tübingen gebunden.

ISSN 0941-0503

## Vorwort

Die vorliegende Untersuchung wurde von der Juristischen Fakultät der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg im Wintersemester 1997/98 als Habilitationsschrift angenommen. Sie ist nach dem Stand Ende Juni 1999 aktualisiert worden.

Ich habe vielfältigen Dank abzustatten. An erster Stelle gebührt er meinem verehrten Lehrer Prof. Dr. Christoph Link, der nicht nur die Arbeit betreut und das Erstgutachten erstellt, sondern mich auch sonst als sein Doktorand, Habilitand und Mitarbeiter in jeder erdenklichen Hinsicht gefördert hat. Für das Zweitgutachten danke ich Prof. Dr. Matthias Schmidt-Preuß. Der Erlanger Juristischen Fakultät, namentlich dem seinerzeitigen Dekan Prof. Dr. Harald Siems, danke ich für die zügige und wohlwollende Durchführung des Habilitationsverfahrens und dafür, daß sie die Arbeit mit dem Konrad-Hellweg-Preis 1998 ausgezeichnet hat.

Den Mitarbeitern des Hans-Liermann-Instituts für Kirchenrecht der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg danke ich für Jahre freundschaftlicher und anregender Kollegialität, meinen Mitarbeitern in Halle, Herrn Burkhard Becker und Herrn Assessor Jan Roscheck sowie meiner Sekretärin Frau Sigrid Rathmann für ihre wertvolle Hilfe bei der Überarbeitung des Manuskripts.

Der Deutschen Forschungsgemeinschaft gebührt mein Dank für die großzügige Unterstützung der Drucklegung.

Schließlich und nicht zum Wenigsten möchte ich mich bei meiner Familie bedanken, die mich und meinen Berufsweg mitgetragen hat. Ich widme dieses Buch dem Andenken an meinen Vater, Dr. Hinrich de Wall (1927–1994).

Halle, im Juli 1999

Heinrich de Wall



# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
---------------	---

## 1. Kapitel Einleitung

## 2. Kapitel Die Trennung von öffentlichem Recht und Privatrecht

<i>Abschnitt 1: Die Entwicklung der Trennung von Privatrecht und Verwaltungsrecht</i> .....	7
A. Die Bedeutung der Entwicklung souveräner Staatsgewalt .....	8
B. Die Trennung im 19. Jahrhundert .....	9
I. Privatrecht und öffentliches Recht als scharf geschiedene Kategorien .....	9
II. Fortbestehende Berührungspunkte .....	11
C. Die Bedeutung des „Deutschen Verwaltungsrechts“ Otto Mayers ..	14
D. Die Konsolidierung des Verwaltungsrechts .....	15
E. Verwaltung in Privatrechtsform .....	19
<i>Abschnitt 2: Die Trennung von öffentlichem Recht und Privatrecht unter dem Grundgesetz</i> .....	21
A. Entwicklungslinien der Verwaltungsrechtsdogmatik .....	21
B. Die Abgrenzung von Privatrecht und öffentlichem Recht und ihre Bedeutung für die Lückenfüllung im Verwaltungsrecht .....	22
I. Die Qualifikation von Rechtsnormen als öffentlichrechtlich oder privatrechtlich .....	24
II. Die Zuordnung von öffentlichrechtlichen oder privatrechtlichen Normen zu konkreten Rechtsverhältnissen ...	25
III. Die Relevanz des Qualifikations- und des Zuordnungsproblems für diese Arbeit .....	28



C. Annäherungstendenzen zwischen den Teilrechtsordnungen .....	29
I. Die Publizierung des Privatrechts .....	31
1. „Publizierung“ durch vereinheitlichende Gesetzgebung und Rechtsprechung .....	31
2. Die Transformation privatrechtlicher Institute .....	33
3. Privatrecht und Grundrechte .....	34
4. Verwaltungsprivatrecht .....	35
5. Die Zweistufentheorie .....	36
II. Die Annäherung des öffentlichen Rechts an das Privatrecht ...	37
1. Das subjektive öffentliche Recht .....	38
2. Das öffentlichrechtliche Rechtsverhältnis .....	40
III. Weitere Konvergenztendenzen - Die Europäisierung des Verwaltungsrechts .....	41
D. Die These von der Existenz eines Gemeinrechts .....	42
E. Öffentliches Recht und Privatrecht als komplementäre, vollständige und geschlossene Teilrechtsordnungen .....	44
F. Die verfassungsrechtliche Prägung von öffentlichem und Privatrecht .....	47
G. Folgerungen für diese Arbeit .....	50

### 3. Kapitel

#### Die Methode der Lückenfüllung durch privatrechtliche Vorschriften

<i>Abschnitt 1: Die Diskussion um die analoge und die rechtsgrund- sätzliche Anwendung privatrechtlicher Vorschriften</i> .....	53
<i>Abschnitt 2: Weitere Begründungsvarianten</i> .....	56
A. Die unmittelbare Anwendung privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht .....	56
B. Der „Allgemeine Teil des Rechts“ .....	57
C. Das Privatrecht als dogmatisch fortgeschrittene, sachnahe Regelung vermögensrechtlicher Ansprüche .....	58
D. Die subsidiäre Anwendung des Privatrechts .....	58
E. Gewohnheitsrecht .....	59
F. Die Transformation privatrechtlicher Institute in verwaltungsrechtliche .....	60
G. „Lückenfüllung“ durch Übernahme privatrechtlicher Wertungen ...	60
H. Gesetzliche Anordnung der Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften .....	61

<i>Abschnitt 3: Die Bedeutung des Unterschieds zwischen analoger und rechtsgrundsätzlicher Anwendung privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht.</i> .....	62
A. Die Analogie .....	63
B. Die Anwendung privatrechtlicher Regeln als Ausdruck allgemeiner Rechtsgrundsätze .....	65
I. Das Konzept des Reichsgerichts .....	66
II. Allgemeine und besondere Rechtsgrundsätze bei H. J. Wolff ....	66
C. Die Unterscheidbarkeit der analogen und der rechtsgrundsätzlichen Lückenfüllung .....	68
I. Die Analogie als Schluß vom Besonderen auf ein Besonderes und die rechtsgrundsätzliche „Anwendung“ privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht .....	69
II. Kein Gegensatz zwischen „mittelbarer“ Analogie und „unmittelbarer“ Anwendung von Rechtsgedanken .....	72
III. Die Besonderheit konkretisierungsbedürftiger, allgemeiner Rechtsgrundsätze .....	74
IV. Der Einzelfallbezug der Analogie und die Allgemeinheit des „Rechtsgrundsatzes“ .....	76
V. Notwendigkeit der Unterscheidung zwischen beiden Methoden wegen deren unterschiedlichen Folgen? .....	77
1. Die Möglichkeit von „Modifikationen“ bei der Analogie ....	77
2. Die Analogie als „Rechtsfolgenverweis“? .....	79
D. Die Vorzüge der Analogie .....	81
<i>Abschnitt 4: Allgemeine Probleme der lückenfüllenden Anwendung privatrechtlicher Vorschriften im öffentlichen Recht</i> .....	82
A. Zur Lückenfindung .....	82
I. Bewußte Regelungslücken im Verwaltungsrecht .....	82
II. „Echte“, „unechte“ und Scheinlücken .....	84
B. Zur Lückenfüllung .....	86
I. Kein Vorrang der Lückenfüllung durch öffentliches Recht ....	86
II. Die analoge Anwendung unvollständiger Rechtssätze .....	87
III. Die Unzulässigkeit von Begriffsanalogien .....	88

#### 4. Kapitel

### Verfassungsrechtliche Grenzen der Übertragung Privatrechtlicher Vorschriften

<i>Abschnitt 1: Die Übertragung als verfassungsrechtlich grundsätzlich zulässiges Richterrecht</i> .....	90
--	----

<i>Abschnitt 2: Die Übertragung und der Vorbehalt des Gesetzes</i> ....	93
A. Die Bedeutung der „Wesentlichkeitstheorie“ .....	95
B. Lückenfüllung zu Lasten des Bürgers als Eingriff ? .....	97
I. Die Problematik des Eingriffsbegriffs .....	97
II. Kein Verbot nachteiliger Analogien aufgrund des Vorbehalts des Gesetzes .....	99
1. Die Vorhersehbarkeit belastender Analogien .....	99
2. Der Maßstab der Vorhersehbarkeit .....	103
III. Gesetzesvorbehalt, Satzungsautonomie und Lückenfüllung ....	103
C. Keine Kompetenz zum Handeln in Verwaltungsaktsform aufgrund Übertragung privatrechtlicher Vorschriften .....	104
D. Kein Unterschied zwischen Analogie und rechtsgrundsätzlicher „Anwendung“ privatrechtlicher Vorschriften sub specie des Vorbehalts des Gesetzes .....	105
 <i>Abschnitt 3: Die Übertragung und die bundesstaatliche Kompe- tenzordnung</i> .....	 107

## 5. Kapitel

### Privatrechtliche Vorschriften über Rechtsgeschäft und Willenserklärung im Verwaltungsrecht

<i>Abschnitt 1: Begriff und Funktion der verwaltungsrechtlichen Willenserklärung</i> .....	109
A. Zum Begriff der verwaltungsrechtlichen Willenserklärung .....	109
B. Die Funktion des Begriffs der verwaltungsrechtlichen Willenserklärung .....	111
C. Die Bedeutung allgemeiner Unterschiede zwischen privatrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Willenserklärungen für die Anwendbarkeit der Vorschriften des BGB .....	114
D. Arten der für eine Anwendung der privatrechtlichen Vorschriften über die Willenserklärung in Betracht kommenden öffentlichrechtlichen Rechtsakte .....	115
E. Zu untersuchende Regeln des Privatrechts .....	119
 <i>Abschnitt 2: Arten, Zugang und Auslegung der „öffentlichrechtli- chen Willenserklärungen“</i> .....	 121
A. Ausdrückliche, konkludente und Erklärungen durch Schweigen ....	121
B. Empfangsbedürftige und nicht empfangsbedürftige Erklärungen ...	124

C. Der Zugang empfangsbedürftiger öffentlichrechtlicher Erklärungen .....	125
I. Erklärungen unter Abwesenden .....	126
1. Erklärungen der Verwaltung .....	126
a) Zeitpunkt des Zugangs .....	126
b) Die Bedeutung von Zugangshindernissen .....	127
2. Verweigerung der Annahme .....	128
3. Erklärungen des Bürgers .....	128
II. Erklärungen unter Anwesenden .....	130
D. Die Auslegung öffentlichrechtlicher Erklärungen .....	132
I. Erklärungen der Behörden .....	134
1. Die Auslegung der Rechtsform des Verwaltungshandelns ...	134
2. Der Grundsatz der gesetzeskonformen Auslegung .....	136
3. Die Auslegung verwaltungsrechtlicher Erklärungen mit Drittwirkung .....	138
4. Folgen der durch Auslegung nicht zu beseitigenden Unklarheit .....	139
II. Erklärungen der Bürger .....	140
1. Der Grundsatz der interessengerechten Auslegung .....	140
2. Der Grundsatz der günstigsten Auslegung .....	141
III. Auslegung von Verträgen .....	143
IV. Zusammenfassung zur Auslegung verwaltungsrechtlicher Erklärungen .....	144

*Abschnitt 3: Widerruf und Anfechtung öffentlichrechtlicher Erklärungen* .....

A. Allgemeine Probleme der Anwendung der bürgerlichrechtlichen Widerrufs- und Anfechtungsvorschriften im Verwaltungsrecht .....	144
I. Zum Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung .....	145
II. Zur Bedeutung der privatrechtlichen Irrtumsarten .....	146
III. Materiell- und verfahrensrechtliche Wirkungen .....	147
IV. Die Bedeutung der Regeln über Rücknahme und Widerruf von Verwaltungsakten .....	148
B. Erklärungen im Zusammenhang mit Verwaltungsakten .....	150
I. Erklärungen der Behörden .....	150
1. Erklärungen gegenüber anderen Behörden .....	150
2. Erklärungen gegenüber dem Bürger .....	154
II. Erklärungen Privater .....	155
1. Prozeßhandlungen, Verfahrenshandlungen und materiellrechtliche Erklärung .....	155
2. Widerruf und Rücknahme verwaltungsrechtlicher Erklärungen .....	159
a) Der rückwirkende Widerruf .....	159

b) Die ex nunc wirkende Rücknahme .....	161
c) Die Rücknahme von Anträgen auf Erlaß eines Verwaltungsaktes und von materiellen Mitwirkungshandlungen .....	162
(1) Der Grundsatz der Rücknehmbarkeit bis zur Unanfechtbarkeit .....	162
(2) Einschränkungen des Grundsatzes .....	166
3. Anfechtung öffentlichrechtlicher Erklärungen, die nicht mehr rücknehmbar sind ? .....	169
a) Verwaltungsrechtliche Möglichkeiten der Berücksichtigung von Willensmängeln .....	169
b) Die Anfechtung wegen Willensmängeln analog §§ 119ff. BGB als Ausnahme .....	171
C. Erklärungen im Zusammenhang mit öffentlichrechtlichen Verträgen .....	173
I. Die Bindung an den Antrag auf Abschluß eines verwaltungsrechtlichen Vertrages analog § 145 BGB .....	174
II. Die Anwendbarkeit der §§ 119ff., 142ff. BGB auf Vertragserklärungen .....	176
1. Die Übertragbarkeit der privatrechtlichen Anfechtungsgründe .....	176
a) Die Irrtumsanfechtung .....	177
b) Die Anfechtung wegen Täuschung oder Drohung .....	177
2. Die Anfechtungsfristen und die Schadensersatzpflicht des Anfechtenden .....	179
D. Erklärungen außerhalb des Verwaltungsverfahrens .....	181
<i>Abschnitt 4: Zusammenfassung: Öffentlichrechtliche Willens- erklärungen und sonstige öffentlichrechtliche Erklärungen .....</i>	183
<i>Abschnitt 5: Geschäftsfähigkeit und Minderjährigenschutz .....</i>	183
A. Die verwaltungsrechtliche Handlungsfähigkeit .....	183
I. Die Bedeutung der sogenannten „Grundrechtsmündigkeit“ ....	185
II. Der Grundsatz der Kongruenz von Verfahrensfähigkeit und materiellrechtlicher Handlungsfähigkeit .....	185
III. Ausnahmen vom Grundsatz der Kongruenz .....	187
IV. Die Fähigkeit zur Entgegennahme von Erklärungen .....	188
V. Zuweisung der bürgerlichrechtlichen Geschäftsfähigkeit durch verwaltungsrechtliche Spezialvorschriften? .....	189
VI. Die Bedeutung der Verfahrensbetreuungs- und der Amtsermittlungspflicht .....	190

B. Die einzelnen Vorschriften des BGB .....	190
I. Geschäftsunfähigkeit gem. § 104 BGB .....	190
II. Die partielle Handlungsfähigkeit gem. §§ 112, 113 BGB .....	191
III. §§ 107, 110 BGB .....	193
IV. Rechtsfolgen der mangelnden Handlungsfähigkeit .....	196
V. Die Heilung der mangelnden Handlungsfähigkeit .....	197
VI. Fortbestand der Handlungsfähigkeit des gesetzlichen Vertreters neben der des Minderjährigen? .....	199
C. Minderjährigenschutz bei der Anstaltsnutzung .....	200
I. Minderjährigenschutz als „Fundamentalprinzip der Rechtsordnung“? .....	200
II. Die Bedeutung der verfahrensrechtlichen Stellung des Minderjährigen .....	202
III. Minderjährigenschutz bei faktischer Inanspruchnahme öffentlicher Einrichtungen .....	204

*Abschnitt 6: Die privatrechtlichen Regeln über Vertretung und  
Vollmacht im Verwaltungsrecht* .....

A. Die Anwendbarkeit der §§ 164ff. BGB .....	206
B. Anscheins- und Duldungsvollmacht .....	208
C. Verwaltungsrechtliche „Formvorschriften“ als Vertretungsregeln? ..	211
D. Der Vertreter ohne Vertretungsmacht im Verwaltungsrecht .....	215
E. Das Verbot des Selbstkontrahierens gem. § 181 BGB im Verwaltungsrecht .....	216
F. Mittelbare Stellvertretung im Verwaltungsrecht .....	217

## 6. Kapitel

### Rechts- und Schuldverhältnisse im Verwaltungsrecht und die privatrechtlichen Vorschriften über Schuldverhältnisse

*Abschnitt 1: Rechtsverhältnisse und Schuldverhältnisse im Verwal-  
tungsrecht als Kategorien einer dogmatischen Neuorientierung  
im Verwaltungsrecht* .....

A. Anliegen der Rechtsverhältnislehre .....	218
I. Vom besonderen Gewaltverhältnis zur Gegenseitigkeitsordnung .....	219
II. Das Rechtsverhältnis als Ordnungsrahmen vielfältiger Rechte und Pflichten .....	221
III. Mehrpolige Rechtsverhältnisse .....	222
B. Leistungen und Grenzen der Rechtsverhältnislehre .....	223

<i>Abschnitt 2: Begriff und Abstraktionsstufen verwaltungsrechtlicher Rechts- und Schuldverhältnisse</i> .....	226
A. Das Rechtsverhältnis als dogmatische Kategorie und die Konkretisierungsstufen von Rechts- und Schuldverhältnissen .....	226
B. Schuldverhältnisse in weiterem und im engeren Sinn .....	226
C. Das Rechtsverhältnis i.S.v. § 43 VwGO .....	228
D. Schuldverhältnisse und andere Rechtsverhältnisse des Verwaltungsrechts .....	228
 <i>Abschnitt 3: Konsequenzen der privatrechtlichen Herkunft der Institute des Rechts- und des Schuldverhältnisses für die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im öffentlichen Recht</i> .....	229
 <i>Abschnitt 4: Typen verwaltungsrechtlicher Rechts- und Schuldverhältnisse</i> .....	231
A. Differenzierung nach dem Entstehungsgrund .....	231
B. Differenzierung nach dem Inhalt .....	233
C. Differenzierung nach „Nähe“ bzw. „Intensität der Beziehungen“ zwischen den Beteiligten .....	234
D. Differenzierung nach Dauer, Zahl der Beteiligten, Endpunkten etc. .	236
 <i>Abschnitt 5: Der Inhalt verwaltungsrechtlicher Rechtsverhältnisse</i> .....	237
A. Der Grundsatz von Treu und Glauben im Verwaltungsrecht .....	238
I. Vertrauensschutz - Treu und Glauben .....	241
1. Zur Bedeutung der Ableitung des Vertrauensschutzes aus dem Rechtsstaatsprinzip oder aus dem Grundsatz von Treu und Glauben .....	242
2. Die Rolle der privatrechtlichen Konkretisierungen des Grundsatzes von Treu und Glauben .....	244
II. Das Verbot widersprüchlichen Verhaltens .....	245
III. Die Verwirkung .....	246
1. Grundlagen der Verwirkung im Verwaltungsrecht .....	246
2. Die Voraussetzungen der Verwirkung .....	248
3. Verwirkung, Verfristung und Verjährung .....	251
4. Die Verwirkung im bipolaren Verwaltungsrechtsverhältnis .....	254
5. Verwirkung, öffentliches Interesse, Dispositionsbefugnis und Ermessen .....	254
6. Die Verwirkung im multipolaren Rechtsverhältnis .....	256

7. Verwirkung von materiellen, Verfahrens- und prozessualen Rechten .....	257
8. Rechtsfolgen der Verwirkung .....	259
IV. Die Bindung an Zusagen .....	260
1. Die Zusage rechtmäßigen Verwaltungshandelns .....	262
2. Die Zusage rechtswidrigen Verwaltungshandelns .....	262
V. Die Bindung an Auskünfte und die Folgen falscher Belehrungen .....	265
1. Die Bindung an zutreffende Auskünfte .....	265
2. Der Grundsatz von Treu und Glauben in Herstellungslagen .....	266
VI. Mißbrauchsverbot und unzulässige Rechtsausübung .....	271
1. Die treuwidrige Berufung auf einen Formmangel .....	271
2. Weitere Fälle des Rechtsmißbrauchs im Verwaltungsrecht ..	274
3. Der Einzelfallbezug des Grundsatzes von Treu und Glauben und die Nichtanwendung von Gesetzen .....	275
VII. Nebenpflichten, Vor- und Nachwirkungen verwaltungsrechtlicher Rechtsverhältnisse .....	276
VIII. Das baurechtliche Nachbarverhältnis .....	278
IX. Die Clausula Rebus sic Stantibus und der Wegfall der Geschäftsgrundlage .....	279
1. Clausula und Geschäftsgrundlage im Privat- und im Verwaltungsrecht .....	279
2. Der Anwendungsbereich des § 60 VwVfG .....	281
3. Die Berücksichtigung bereits erfüllter Verträge und die Rückabwicklung von Leistungen .....	282
4. Das anfängliche Fehlen der Geschäftsgrundlage beim Verwaltungsrechtlichen Vertrag .....	284
5. Clausula rebus sic stantibus und Wegfall der Geschäftsgrundlage bei informalem Verwaltungshandeln ..	285
6. Sonstige verwaltungsrechtliche Rechtsverhältnisse .....	286
7. Wegfall der Geschäftsgrundlage und clausula rebus sic stantibus als Ausnahme bestehender Bindungen .....	288
8. Geschäftsgrundlage und Verwaltungsgrundlage – das besondere Kündigungsrecht der Verwaltung gem § 60 I 2 VwVfG .....	288
B. Die Anwendung des AGB-Gesetzes auf öffentlichrechtliche Schuldverhältnisse .....	290
I. Die Anwendung des AGBG auf verwaltungsrechtliche Verträge ..	291
1. Unmittelbare Anwendung des AGBG oder entsprechende Anwendung über § 62 S. 2 VwVfG ausgeschlossen .....	291
2. Analoge Anwendung des AGBG auf Verwaltungsvorschriften, Berücksichtigung der Wertungen des AGBG bei rechtsatzmäßigen „Geschäftsbedingungen“ .....	292



II. Reichweite und Grenzen der einzelnen Vorschriften des AGBG im Bereich öffentlichrechtlicher Verträge .....	295
III. Die Anwendung des AGBG im Bereich nichtvertraglicher Schuldverhältnisse des öffentlichen Rechts .....	297
C. Verträge zugunsten Dritter im öffentlichen Recht. ....	298
D. Die nachträglich Leistungsbestimmung durch eine Partei oder einen Dritten gem. §§ 315 ff. BGB im Verwaltungsrecht .....	299
E. Die Anwendbarkeit der Vorschriften der §§ 249ff. BGB über die Verpflichtung zum Schadensersatz im Verwaltungsrecht .....	302
I. Verwaltungsrechtliche Schadensersatzpflichten .....	302
1. Die Anwendbarkeit der §§ 249–254 BGB auf verwaltungsrechtliche Schadensersatzforderungen .....	302
2. Die Drittschadensliquidation im Verwaltungsrecht .....	305
II. Die Anwendbarkeit der §§ 249ff. BGB auf Entschädigungs- und Folgenbeseitigungsansprüche .....	306
1. Entschädigung für Beeinträchtigungen des Eigentums .....	306
2. Entschädigung beim allgemeinen Aufopferungsanspruch ...	308
3. Sonstige öffentlichrechtliche Ersatzansprüche .....	311
III. Der Vorteilsausgleich im Verwaltungsrecht .....	312
IV. Die Anrechnung mitwirkenden Verschuldens analog § 254 BGB im Verwaltungsrecht .....	315
1. Mitverschulden bei Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen .....	315
2. Mitverschulden beim Folgenbeseitigungsanspruch .....	318
a) Die analoge Anwendbarkeit des § 254 BGB .....	318
b) Folgenbeseitigung durch Geldersatz? .....	322
3. Mitverschulden beim Erstattungsanspruch .....	324
<i>Abschnitt 6: Leistungsstörungen in verwaltungsrechtlichen Schuld-         verhältnissen .....</i>	<i>326</i>
A. Die Haftung wegen Leistungsstörungen „in verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen“ als Ergänzungstatbestand des öffentlichrechtlichen Haftungssystems .....	326
I. Die Ergänzung der Amtshaftung durch die Anwendung der Privatrechtlichen Regeln über die Haftung aus Leistungsstörungen „in verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen“ .....	326
II. Die wissenschaftliche Kritik an der Übertragung der privatrechtlichen Regeln über die Haftung für Leistungsstörungen ins Verwaltungsrecht .....	331
1. Besondere Rechtsgrundsätze des Verwaltungsrechts als Grundlage des Rechts der Leistungsstörungen in verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen bei L. Simons ..	331

2. Art. 34 GG als Grundlage der Ansprüche wegen Forde- rungsverletzung im öffentlichen Recht bei H.-J. Papier .....	333
3. Bestandsschutz und Amtshaftung als Grundlagen des öffentlichen Haftungsrechts bei E. Kreßel .....	333
III. Versuche der Begrifflichen Eingrenzung des verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses .....	338
1. Die Kriterien der Rechtsprechung .....	339
a) Nähe und Fürsorge .....	339
b) Fallgruppen .....	340
2. Abgrenzungsversuche der Literatur .....	341
a) Der Ausschluß „hoheitlicher“ Rechtsverhältnisse .....	341
b) Die gesteigerte Berücksichtigung der Interessen der jeweils Beteiligten .....	342
c) Der Ausschluß nichtvermögenswerter Leistungen .....	343
d) Definition des Schuldverhältnisses oder Begründung für Nebenpflichten? .....	344
e) Leistungsstörungen im ehrenamtlichen Organwalterver- hältnis und im Wahlrechtsverhältnis zwischen Parteien und Staat? .....	344
IV. Die Voraussetzungen der analogen Anwendung der Regeln über Leistungsstörungen im Verwaltungsrecht .....	347
1. Die Verhinderung einer Haftungsprivilegierung der Verwaltung und die Voraussetzungen der Analogie .....	347
2. Die Begründung der Bürgerhaftung und der Vorbehalt des Gesetzes .....	349
B. Die Haftung wegen Leistungsstörungen als Verschuldenshaftung ...	351
I. Die Übertragbarkeit des Verschuldensprinzips ins Verwaltungsrecht .....	351
II. Zum Verschuldensmaßstab .....	353
C. Haftung für „fremdes“ Verschulden .....	357
D. Die Unmöglichkeit der Leistung im Verwaltungsrecht .....	359
I. Die Unmöglichkeit der Leistung in verwaltungsrechtlichen Verträgen .....	360
1. Die anfängliche objektive Unmöglichkeit der Leistung in verwaltungsrechtlichen Verträgen .....	362
a) Subordinationsrechtliche Verträge .....	362
(1) Unmöglichkeit der Behördenleistung .....	362
(2) Unmöglichkeit der Leistung des Bürgers .....	363
(3) Rechtliche Unmöglichkeit bei evidentem Rechtsverstoß? .....	364
b) Koordinationsrechtliche Verträge .....	365
2. Die vorübergehende Unmöglichkeit des § 308 BGB .....	365
3. Die Schadensersatzpflicht des § 307 BGB .....	366

II. Die anfängliche subjektive Unmöglichkeit (Unvermögen) in verwaltungsrechtlichen Verträgen .....	368
1. Unvermögen, Wegfall der Geschäftsgrundlage und <i>clausula rebus sic stantibus</i> .....	368
2. Der eingeschränkte Anwendungsbereich des Unvermögens in subordinationsrechtlichen Verträgen .....	369
3. Die Garantiehafung für anfängliches Unvermögen .....	373
III. Die nachträgliche Unmöglichkeit in verwaltungsrechtlichen Verträgen .....	376
1. Objektive und subjektive Unmöglichkeit .....	376
2. Geld- und Gattungsschulden .....	376
3. Unmöglichkeit oder Fortfall der Geschäftsgrundlage .....	377
4. Unmöglichkeit nur nach entsprechender rechtsgestaltender Willenserklärung? .....	378
5. Unvermögen auf Seiten der Behörde .....	379
6. Die Rechtsfolgen der nachträglichen Unmöglichkeit .....	380
7. Kein unbedingter Vorrang der Primärleistungspflicht im Verwaltungsrecht .....	383
IV. Die Unmöglichkeit der Leistung in sonstigen verwaltungsrechtlichen Rechtsverhältnissen .....	384
E. Der Verzug im Verwaltungsrecht .....	388
I. Der Verzug in verwaltungsrechtlichen Verträgen .....	390
1. Die Übertragbarkeit der Verzugsregeln des BGB .....	390
2. Die Voraussetzungen des Verzugs .....	392
3. Die Rechtsfolge des Verzugs .....	392
II. Der Verzug in sonstigen verwaltungsrechtlichen Leistungsverhältnissen .....	394
1. Die Übertragbarkeit der Verzugsregeln des BGB .....	394
2. Die Fälligkeit verwaltungsrechtlicher Forderungen .....	395
3. Kein Ausschluß der Verzugshaftung des Bürgers durch die Möglichkeit des Verwaltungszwangs .....	397
III. Verzugszinsen bei verwaltungsrechtlichen Geldforderungen .....	397
1. Die Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte .....	397
2. Zum Rechtsgrund für die Verzinsung öffentlichrechtlicher Geldforderungen .....	399
a) Die Ergänzungsfunktion der §§ 284ff. BGB zur Amtshaftung .....	399
b) Verzinsung aufgrund Folgenbeseitigungsanspruchs? .....	400
3. Einzelne Unstimmigkeiten der verwaltungsgerichtlichen Rechtsprechung .....	401
4. Anforderungen an den Nachweis eines Verzögerungsschadens .....	401
5. Der gesetzliche Zinssatz als vermuteter Mindestschaden im Rahmen der Amtshaftung? .....	404

6. Verzugszinsen zu Lasten des Bürgers und Vorbehalt des Gesetzes .....	405
IV. Prozeßzinsen gemäß § 291 BGB .....	406
1. Verzinsung ab Widerspruchseinlegung? .....	407
2. Beschränkung der Prozeßzinsen auf Leistungs- und bestimmte Verpflichtungsklagen .....	408
F. Die positive Vertragsverletzung im Verwaltungsrecht .....	411
I. Die positive Vertragsverletzung im Verwaltungsvertragsrecht ..	413
II. Die positive Vertragsverletzung in sonstigen verwaltungsrechtlichen Leistungsbeziehungen .....	415
1. Die Fallgruppen der Rechtsprechung zur positiven Vertragsverletzung „im verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnis“ und die Kritik daran .....	415
2. Voraussetzungen der Übertragung der positiven Vertragsverletzung auf verwaltungsrechtliche Rechtsverhältnisse .....	417
3. Die Fallgruppen der Rechtsprechung im Lichte dieser Voraussetzungen .....	419
G. Die öffentlichrechtliche culpa in contrahendo .....	421
I. Die culpa in contrahendo im Verwaltungsvertragsrecht .....	421
1. Voraussetzungen und Fallgruppen .....	421
2. Die Verpflichtung zum Schadensersatz aus cic .....	423
II. Die culpa in contrahendo in sonstigen verwaltungsrechtlichen Leistungsverhältnissen .....	425
H. Das Zurückbehaltungsrecht wegen verwaltungsrechtlicher Forderungen .....	425
I. Haftungsbeschränkungen für Leistungsstörungen nach privatrechtlichen Grundsätzen .....	430
I. Rechtsform der Haftungsbeschränkung .....	431
II. Grenzen der Haftungsfreizeichnung .....	432
III. Die Einschränkbarkeit der Amtshaftung .....	435
1. Die Einschränkbarkeit der Staatshaftung nach § 839 BGB i.V.m. Art. 34 GG .....	435
a) Die Reichweite der Satzungsermächtigung .....	436
b) Der Haftungsausschluß bei Anschluß- und Benutzungszwang .....	438
c) Die Auslegung von Haftungsfreizeichnungsklauseln .....	439
2. Einschränkbarkeit der Beamtenhaftung nach § 839 BGB .....	439
 <i>Abschnitt 7: Das Erlöschen von „verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen“</i> .....	
A. Das Erlöschen des Schuldverhältnisses i.e.S. ....	441
I. Erfüllung und Hinterlegung .....	441

II. Aufrechnung .....	443
1. Voraussetzungen und Folgen der Aufrechnung nach bürgerlichem Recht .....	443
2. Die Methode der Übertragung der §§ 387ff. BGB ins Verwaltungsrecht .....	445
3. Die Analogie zu §§ 387ff. BGB und der Vorbehalt des Gesetzes .....	447
4. Probleme der Übertragung der §§ 387ff. BGB ins öffentlich Recht .....	448
a) Kein Erfordernis der Liquidität der Aktivforderung des Bürgers .....	450
b) Die Aufrechnung des Bürgers gegen eine durch Leistungsbescheid festgesetzte Forderung des Staates und die Rückwirkungsfiktion des § 389 BGB .....	451
(1) Wirkung der Aufrechnung bei bloßer Forderungsfestsetzung .....	452
(2) Wirkung der Aufrechnung bei einem Leistungsbefehl .....	453
c) Die aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage gegen einen Leistungsbescheid als Aufrechnungshindernis i. S. v. § 390 S. 1 BGB .....	456
d) Die Übertragbarkeit der übrigen Aufrechnungshindernisse der §§ 390ff. BGB .....	462
(1) Die Aufrechnung mit verjährten Forderungen gem. § 390 S. 2 BGB .....	462
(2) Keine Aufrechnung gegenüber Forderungen aus vor- sätzlicher unerlaubter Handlung analog § 393 BGB ..	464
(3) Keine Aufrechnung gegen unpfändbare Forderungen analog § 394 BGB .....	464
e) Die Rechtsnatur der behördlichen Aufrechnungserklärung .	465
(1) Einseitige Rechtsgestaltung und Verwaltungsaktsqualität .....	466
(2) Die Auslegung der Aufrechnungserklärung .....	467
(3) Keine Befugnis zum Erlaß eines Verwaltungsaktes aus §§ 387ff. BGB analog .....	468
(4) Die Aufrechnung als Erfüllungssurrogat und ihre Rechtsnatur .....	469
(5) Aufrechnung und Vollstreckung .....	469
(6) Verwaltungsaktsqualität bei unzweifelhafter Erklärung .....	470
III. Verjährung .....	471
1. Verwaltungsrechtliche Vorschriften über die Verjährung ....	471
2. Die analoge Anwendung der §§ 194ff. BGB im Verwaltungsrecht .....	473

a) Die Methode der Übertragung der §§ 194ff. BGB ins Verwaltungsrecht .....	473
b) Die Verjährung nichtvermögensrechtlicher Ansprüche im Verwaltungsrecht .....	474
c) Keine Verjährung von sicherheitsrechtlichen Eingriffsbefugnissen .....	475
d) Kein Vorrang des öffentlichen Sachenrechts .....	478
e) Die Übertragung der §§ 194ff. BGB ins Verwaltungsrecht und der Vorbehalt des Gesetzes .....	479
3. Einzelprobleme der Verjährung im Verwaltungsrecht .....	480
a) Die Verjährungsfristen der §§ 195ff. BGB .....	480
b) Beginn, Hemmung und Unterbrechung der Verjährung ..	481
(1) Die Unterbrechung der Verjährung durch behördlichen Forderungsbescheid gem. § 53 VwVfG ..	482
(2) Keine Unterbrechung der Verjährung analog § 210 BGB durch Antrag auf Erlaß eines Verwaltungsaktes ..	484
(3) Die Unterbrechung der Verjährung von sekundären Schadensersatz- und Entschädigungsansprüchen durch die Inanspruchnahme von Primärrechtsschutz analog §§ 209 I, 210 BGB .....	485
c) Die Wirkungen der Verjährung .....	486
4. Die Berechnung der Verjährungsfristen und sonstiger Fristen im Verwaltungsrecht .....	489
IV. Verzicht, Erlaß und Verwirkung .....	491
B. Das Erlöschen des Schuldverhältnisses i.w.S. ....	492
I. Rücktritt .....	493
II. Kündigung .....	494
 <i>Abschnitt 8: Die Übertragung öffentlichrechtlicher Forderungen</i> <i>analog §§ 398ff. BGB .....</i>	
A. Zur Nachfolgefähigkeit verwaltungsrechtlicher Forderungen .....	496
B. Zur Anwendbarkeit der §§ 398ff. BGB im Verwaltungsrecht .....	500
I. Unmittelbare, analoge oder „rechtsgrundsätzliche“ Anwendung der privatrechtlichen Vorschriften? .....	500
II. Zur Abtretbarkeit verwaltungsrechtlicher Rechtspositionen der Träger von öffentlicher Gewalt und von Bürgern .....	503
III. Die Anwendbarkeit der §§ 398ff. BGB im einzelnen .....	505
1. Die Übertragung einer verwaltungsrechtlichen Forderung als Vertrag .....	505
2. Die Anwendbarkeit der §§ 399–403 BGB auf verwaltungsrechtliche Forderungen .....	506
3. Die Schuldnerschutzvorschriften der §§ 404–411 BGB .....	508

4. Die Anwendbarkeit der Abtretungsvorschriften auf den gesetzlichen Übergang verwaltungsrechtlicher Forderungen analog § 412 BGB .....	510
5. Die Anwendbarkeit der Abtretungsvorschriften auf den Übergang sonstiger verwaltungsrechtlicher Rechtspositionen .....	511
<i>Abschnitt 9: Die Übernahme verwaltungsrechtlicher Pflichten gem. §§ 414ff. BGB .....</i>	<i>511</i>
<i>Abschnitt 10: Der gesetzliche Schuldbeitritt gemäß § 419 BGB a.F. ....</i>	<i>514</i>
<i>Abschnitt 11: Die Vorschriften über die Gesamtschuld (§§ 421ff. BGB) im Verwaltungsrecht .....</i>	<i>516</i>
A. Die Anordnung von Gesamtschuldverhältnissen im öffentlichen Recht .....	516
B. Die analoge Anwendung der §§ 421ff. BGB auf verwaltungsrechtliche Forderungen .....	517
C. Die Analogie zu §§ 421ff. BGB und das Rechtsstaatsprinzip .....	520
D. Die Rechtsfolgen der Gesamtschuld – die Auswahl unter mehreren Schuldnern als Ermessensentscheidung .....	520
E. Der Ausgleichsanspruch nach § 426 BGB .....	522
I. Das Innenverhältnis der Gesamtschuldner als privatrechtliches Rechtsverhältnis .....	522
II. Die Analogie zu § 426 I BGB .....	524
1. Keine unmittelbare Anwendung des § 426 BGB auf verwaltungsrechtliche Forderungen .....	524
2. Ermessensbindung der Verwaltung kein Hindernis für den Innenausgleich analog § 426 I BGB .....	524
3. Der Einfluß eines anderen Rechtsverhältnisses zwischen den Schuldnern auf den Innenausgleich .....	526
III. Der Gesamtschuldnerausgleich analog § 426 I BGB unter polizei- und ordnungsrechtlich Verantwortlichen .....	528
1. Das Verhältnis mehrerer polizei- und ordnungsrechtlich Verantwortlicher untereinander als Gesamtschuldverhältnis ..	528
2. Keine Pflicht zum Ausgleich durch die Polizei- und Ordnungsbehörden auf der Sekundärebene .....	532
3. Voraussetzungen und Folgen des Ausgleichsanspruchs gem. § 426 I BGB im Polizei- und Ordnungsrecht .....	534

Resümee .....	537
Literaturverzeichnis .....	541
Paragrafenregister .....	563
Sachverzeichnis .....	573





# 1. Kapitel

## Einleitung

Die Zahl der verwaltungsgerichtlichen Urteile, die sich auf Vorschriften des BGB stützen, ist Legion: Kein Band der amtlichen Sammlung des Bundesverwaltungsgerichts, in dessen Gesetzesregister das BGB nicht mit mehreren Einträgen vertreten ist. Dementsprechend enthalten einige der gängigen Lehrbücher des Allgemeinen Verwaltungsrechts einen Abschnitt über die Anwendung von privatrechtlichen Vorschriften im öffentlichen Recht, in dem darauf hingewiesen wird, daß die Lückenhaftigkeit und mangelnde Kodifikation des Verwaltungsrechts einen Rückgriff insbesondere auf das BGB unentbehrlich erscheinen lasse. Privatrechtliche Vorschriften seien entweder im Wege der Analogie oder aber als Ausdruck allgemeiner Rechtsgrundsätze auch im Verwaltungsrecht anwendbar<sup>1</sup>.

In jüngster Zeit ist dieses Phänomen auch wieder ins Blickfeld des wissenschaftlichen Interesses gerückt. Im Zusammenhang mit den Bemühungen um eine Reform des Allgemeinen Verwaltungsrechts wird über „Öffentliches Recht und Privatrecht als wechselseitig nutzbare Auffangordnungen“<sup>2</sup> diskutiert. Die Anwendung privatrechtlicher Vorschriften im öffentlichen Recht ist ein Beispiel für solche Wechselwirkungen.

Die neuere verwaltungsrechtliche Diskussion legt die (Wieder-)<sup>3</sup>Aufnahme des Themas auch nahe. Viel ist über die Umgestaltung der Verwaltungsrechtsdogmatik in Richtung auf ein „Rechtsverhältnisdenken“ nach-

---

<sup>1</sup> S. H. Maurer, Allgemeines Verwaltungsrecht, § 3 Rdnr. 28ff.; D. Ehlers, in: H.-U. Erichsen (Hrsg.) Allgemeines Verwaltungsrecht, § 2 Rdnr. 68; H.J. Wolff/O. Bachof/R. Stober, Verwaltungsrecht I, § 22 Rdnr. 46ff.; F.-J. Peine, Allgemeines Verwaltungsrecht, Rdnr. 62; vgl. H. Faber, Verwaltungsrecht, § 18 III.

<sup>2</sup> So der Titel des von W. Hoffmann-Riem und E. Schmidt-Aßmann herausgegebenen Sammelbandes, Baden-Baden 1996; zur Einbettung des hier behandelten Phänomens in den Diskussionsrahmen s. dort S. 9f. (E. Schmidt-Aßmann) und S. 275 (W. Hoffmann-Riem); s. a. E. Schmidt-Aßmann, Das Allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee, 6/28.

<sup>3</sup> An älteren Abhandlungen s. K. Friedrichs, Allgemeiner Teil, S. 385; K. Goetz, Verwaltungsrechtspflege in Württemberg, S. 118ff.; Dronke, Zeitschrift für Zollwesen und Reichssteuer 11 (1901), S. 165ff.; v. Gebe, FischersZ 34 (1908), S. 134ff.; Gerber, VerwArch 36 (1931), S. 1ff.; N. Münzer, Anwendung; O. Lassaly, FischersZ 59 (1926), S. 155ff.; Meier Branecke, AÖR 50 (1926), S. 253ff.; F. Stier-Somlo, Einwirkung; F. Tezner, AÖR 9 (1894), S. 325ff.; R. Zinser, VerwArch 39 (1934), S. 40ff.; H. Bergmann, Auswertung (1946).

gedacht worden. In diesem Zusammenhang hat auch der Begriff des „verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses“ Eingang in die Verwaltungsrechtsdogmatik gefunden. Symptomatisch dafür ist das auf der Münchener Staatsrechtslehrertagung 1986 diskutierte Thema „Rechtsverhältnisse in der Leistungsverwaltung“. Zu Recht wurde dabei bemerkt, daß Rechtsverhältnis und Schuldverhältnis aus dem Privatrecht entlehnte Begriffe sind<sup>4</sup>. Die mit dem Rechtsverhältnisdanken verbundene Annäherung der Verwaltungsrechts- an die Privatrechtsdogmatik läßt auch die Rezeption privatrechtlicher Vorschriften und Institute im Verwaltungsrecht als naheliegend erscheinen<sup>5</sup>. Das gilt umso mehr, als nicht mehr nur das Subordinationsverhältnis zwischen Staat und Bürger oder – im Rahmen verwaltungsrechtlichen Drittschutzes – das durch den Staat vermittelte Dreiecksverhältnis zwischen Antragsteller/Bewerber, Behörde und Konkurrent bzw. Nachbarn, sondern unmittelbar die Rechtsbeziehungen verschiedener an einem verwaltungsrechtlichen Rechtsverhältnis beteiligter Privater als Gegenstand des öffentlichen Rechts begriffen werden<sup>6</sup>. Beziehungen zwischen Privaten waren aber bisher Domäne des Privatrechts.

Dennoch sind zwar Arbeiten erschienen, die sich mit der Übertragbarkeit einzelner privatrechtlicher Institute ins Verwaltungsrecht beschäftigen. Auch wird das Thema wegen § 62 S. 2 VwVfG im Zusammenhang mit verwaltungsrechtlichen Verträgen behandelt. Eine breiter und allgemeiner angelegte Untersuchung größeren Umfangs ist aber seit Jahrzehnten nicht vorgelegt worden<sup>7</sup>.

Dafür gibt es gute Gründe. Deren wichtigster ist die Stofffülle. Diese ist einmal bedingt durch die Vielzahl der privatrechtlichen Regeln und Institute. Ein erklecklicher Teil der Vorschriften aus den ersten drei Büchern des BGB ist Gegenstand verwaltungsrechtlicher Entscheidungen und Überlegungen gewesen. Zum zweiten hat die Ausdifferenzierung des Verwaltungsrecht die möglichen Anwendungsfälle privatrechtlicher Vorschriften potenziert. Zum Dritten hat sich im Laufe der Zeit naturgemäß die Zahl der zu berücksichtigenden Gerichtsentscheidungen und literarischen Äußerungen summiert. Eine auch nur annähernd vollständige Darstellung ist dadurch unmöglich geworden. Das erfordert eine Stoffbeschränkung, die ih-

<sup>4</sup> P. Krause, VVDStRL 45, 219. Programmatisch der Titel „Anspruch, absolutes Recht und Rechtsverhältnis im öffentlichen Recht entwickelt aus dem Zivilrecht“ der Dissertation W. Schurs (Berlin 1993), s. dort besonders S. 181 ff.

<sup>5</sup> Die wird – bei aller Skepsis im einzelnen (S. 230) – auch im Referat P. Krauses zu den „Rechtsverhältnisse(n) in der Leistungsverwaltung“ auf der Münchener Staatsrechtslehrertagung von 1986 deutlich (VVDStRL 45, S. 227 ff.).

<sup>6</sup> S. v. a. M. Schmidt-Preuß, Kollidierende Privatinteressen im Verwaltungsrecht, Berlin 1992.

<sup>7</sup> Zuletzt H. J. Collasius, Ausfüllung (1957); H. Bergmann, Auswertung (1946); zum schweizerischen Recht M. Leuthold, Anwendung (1970).

rerseits natürlich dem Anspruch, eine umfassende, nicht auf einzelne Institute beschränkte Darstellung zu liefern, zuwiderläuft.

Die Vielzahl der in Frage kommenden privatrechtlichen Regeln und verwaltungsrechtlichen Materien bringt auch die Gefahr mit sich, daß die Untersuchung eine bloße Ansammlung von Einzelergebnissen bleibt, die sich der Diskussion unter übergeordneten Gesichtspunkten entziehen. Dem ist nur dadurch zu begegnen, daß solche Gesichtspunkte bereits bei der Auswahl der zu behandelnden Materien berücksichtigt werden. Vor allem zwei liegen dieser Arbeit zugrunde. Der eine ist die bereits erwähnte Diskussion um das verwaltungsrechtliche Schuldverhältnis. Der andere ist das ebenfalls immer wieder in der Diskussion auftauchende Phänomen der verwaltungsrechtlichen Willenserklärung.

Eine Anzahl sehr unterschiedlicher verwaltungsrechtlicher Rechtsakte ist mit dem Begriff der „verwaltungsrechtlichen Willenserklärung“ belegt worden<sup>8</sup>. Dahinter steht jedenfalls zum Teil die Vorstellung, daß solche verwaltungsrechtlichen Rechtsakte mit den privatrechtlichen Willenserklärungen vergleichbar sind, was ja Voraussetzung für eine Übertragung der privatrechtlichen Vorschriften über die Willenserklärung ist. Ob insofern der privatrechtliche Begriff der Willenserklärung auch im Verwaltungsrecht der Systematisierung zu dienen geeignet ist, ist wegen der zentralen Bedeutung der Rechtsgeschäftslehre im Privatrecht einerseits, andererseits der Frage, ob nicht die dem Verwaltungsrecht eigentümlichen Handlungsformen und die darauf bezogenen Regeln – man denke nur an die Bestandskraft von Verwaltungsakten – einer Übertragung der privatrechtlichen Vorschriften entgegenstehen, von besonderem dogmatischen Interesse. Die Vorschriften des Allgemeinen Teils des BGB zu den Willenserklärungen bilden daher einen Schwerpunkt dieser Arbeit. Ausgeblendet werden dabei prozeßrechtliche Fragen unter Einschluß des Widerspruchsverfahrens. Ob und inwieweit Prozeßerklärungen besonderen Regeln folgen, ist eine besondere, im Rahmen des Verwaltungsprozeßrechts zu beantwortende Frage.

Das Recht der Schuldverhältnisse als zweiter Schwerpunkt ist seinerseits so umfassend, daß es weiterer Eingrenzung bedarf. Aufmerksamkeit verdienen hier vor allem übergreifende, für alle Schuldverhältnisse geltende Regeln. Mithin sollen hier die Vorschriften der ersten sechs Abschnitte des zweiten Buchs des BGB, das allgemeine Schuldrecht, auf ihre Übertragbarkeit ins Verwaltungsrecht untersucht werden. Dagegen bleibt das Recht der einzelnen Schuldverhältnisse außer Betracht. Es hat zwar für das Verwal-

---

<sup>8</sup> S. nur die Aufzählung bei *H.-U. Erichsen*, in: ders., Allgemeines Verwaltungsrecht, § 22 Rdnr. 2 m. Nachw.: Antrag im Verwaltungsverfahren, Aufrechnungserklärungen der Verwaltung und des Bürgers, Zusicherung und Zusage der Verwaltung, Verzicht, Steuererklärung, Ausübung eines Zurückbehaltungsrechts, Zustimmung des Bürgers, Einverständnis der aufnehmenden Gemeinde mit der Versetzung eines Beamten, auf den Abschluß eines verwaltungsrechtlichen Vertrages gerichtete Erklärungen und Verwaltungsakte.

tungsrecht eine nicht unerhebliche Bedeutung – erwähnt seien nur die öffentlichrechtliche Geschäftsführung ohne Auftrag und der in Anlehnung an das Recht der ungerechtfertigten Bereicherung entwickelte öffentlichrechtliche Erstattungsanspruch. Die Konzentration auf die einzelnen Schuldverhältnisse birgt aber die Gefahr der bloßen Aneinanderreihung von Einzelergebnissen in besonderem Maße.

Die Beschränkung auf das allgemeine Schuldrecht bringt auch mit sich, daß die Materien des besonderen Verwaltungsrechts, die im Verwaltungsrecht selbst geregelten besonderen Rechtsverhältnisse, nur insofern in Betracht kommen, als sich das allgemeine Schuldrecht auf sie bezieht. Dabei ist natürlich auch zu fragen, ob einzelne Vorschriften des besondere Schuldrechts nur auf bestimmte verwaltungsrechtliche Rechtsverhältnisse anwendbar sind, etwa das Recht der Leistungsstörungen nur auf bestimmte Arten verwaltungsrechtlicher Leistungsbeziehungen. Eine umfassende Untersuchung dieser Leistungsbeziehungen daraufhin, welche anderen privatrechtlichen Vorschriften noch auf sie anwendbar sind, unterbleibt dann aber. Ausgangspunkt und Untersuchungsgegenstand ist die jeweilige privatrechtliche Regel des allgemeinen Schuldrechts, nicht das besondere verwaltungsrechtliche Rechtsverhältnis.

Auch die Sonderbereichsdogmatiken des öffentlichen Rechts – das Abgabenrecht der AO und das Sozialrecht – bleiben weitgehend unberücksichtigt. Das soll freilich nicht ausschließen, daß der Blick auf das Sozialrecht und das Steuerrecht, in denen das Steuerschuldverhältnis bzw. das Sozialrechtsverhältnis ausdrücklich gesetzlich geregelt sind, auch zur Erkenntnis darüber beiträgt, ob bestimmte privatrechtliche Regeln grundsätzlich mit den Besonderheiten des öffentlichen Rechts vereinbar sind.

Erhebliche Teile der Rechtsgeschäftslehre und des allgemeinen Schuldrechts des BGB und damit zentrale Materien des Privatrechts werden durch diese Eingrenzung umfaßt. Insofern ist der Anspruch einer übergreifenden Behandlung der Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im öffentlichen Recht nicht ganz aufgegeben. Nicht Aufgabe dieser Arbeit kann es aber sein, sozusagen en passant Probleme des Privatrechts aufzuwerfen und dort diskutierte Streitfragen zu lösen. Zwar kann natürlich eine privatrechtliche Kontroverse Bedeutung für die Lösung eines verwaltungsrechtlichen Falles haben. Ob etwa die Anscheinsvollmacht die gleichen Wirkungen wie eine rechtsgeschäftlich erteilte Vollmacht hat oder lediglich einen Schadensersatzanspruch aus culpa in contrahendo zugunsten des Erklärungsgegners vermitteln kann, ist, sofern diese Rechtsfigur ins Verwaltungsrecht übertragbar ist, für den Einzelfall auch hier entscheidend. Wie eine solche Kontroverse zu lösen ist, muß hier aber dahinstehen. Im Rahmen dieser Arbeit wird daher die höchstrichterliche Zivilrechtsprechung zurundegelegt, an der sich auch die verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung in aller Regel orientiert. Zumeist geht es freilich ohnehin um Fallkonstellationen, in denen die Lösung aufgrund der privatrechtlichen Vorschrift eindeutig ist.

Bevor auf die einzelnen privatrechtlichen Vorschriften und Institute eingegangen wird, sind freilich noch allgemeinere Erwägungen anzustellen. Voraussetzung und Hintergrund der hier aufgeworfenen Fragestellung ist nämlich die Trennung von Privatrecht und öffentlichem Recht, die daher nicht ganz ausgeblendet werden kann. Ferner ist natürlich die Frage nach der Methode der Anwendung der privatrechtlichen Vorschriften auf verwaltungsrechtliche Rechtsverhältnisse zu beantworten. Schließlich ist sie in das Phänomen der richterlichen Rechtsfortbildung einzufügen und nach ihren verfassungsrechtlichen Grenzen zu fragen.

## 2. Kapitel

# Die Trennung von öffentlichem Recht und Privatrecht

Die Trennung von öffentlichem Recht und Privatrecht, ihre Geschichte und Dogmatik, ihre Berechtigung und ihren ideologischen Hintergrund darzustellen oder gar eine grundsätzliche Kritik daran zu üben, ist nicht Gegenstand dieser Arbeit. Sie wird hier vielmehr vorausgesetzt, denn die mit dem Titel verbundene Fragestellung macht ohne sie keinen Sinn. Gleichwohl ist es unumgänglich, die Abgrenzung von öffentlichem und Privatrecht zu skizzieren. Sie ist nämlich der Rechtsordnung nicht wesenhaft vorgegeben<sup>1</sup>, sondern selbst aus der Rechtsordnung zu entnehmen und je nach Rechtsordnung unterschiedlich ausgeprägt. Es gibt nicht nur Rechtsordnungen, die sie gar nicht bzw. nur in Ansätzen entwickelt, sondern auch andere, die sie in anderer Weise und noch konsequenter durchgeführt haben als die derzeitige deutsche<sup>2</sup>. Darüber hinaus sind auch in Deutschland selbst die Grenzlinien zwischen beiden Teilrechtsordnungen bekanntlich alles andere als klar und unumstritten. Es ist sogar in Frage gestellt worden, ob hier von „Teilrechtsordnungen“ überhaupt die Rede sein kann<sup>3</sup>. Welche Vorschriften und Institute als privatrechtlich oder als öffentlichrechtlich zu qualifizieren sind, berührt aber den Gegenstand dieser Arbeit unmittelbar. Darüber hinaus wird aber auch die Legitimität der Anwendung privatrechtlicher Vorschriften im öffentlichen Recht davon beeinflusst, welche Aufgabe und Funktion man der Trennung zuerkennt. Wer sie als eher technische Abgrenzung versteht, die durch das positive Recht nun einmal vorgegeben ist, wird öffentlichrechtlichen Analogien zu bürgerlichrechtlichen Vorschriften eher zugeneigt sein als derjenige, der beide als Ausdruck unvereinbarer und entgegengesetzter Prinzipien ansieht, etwa das Privatrecht als Hort privatautonomer Selbstbestimmung, das öffentliche Recht hingegen als das Regelungsgebiet von staatlichem Befehl und Bürgergerhorsam versteht<sup>4</sup>, oder – in umgekehrter Wertung – im Privatrecht das ungezügelte Spiel der freien

---

<sup>1</sup> Anders wohl *G. Radbruch*, Rechtsphilosophie, § 16 (S. 224).

<sup>2</sup> S. etwa *D. Ehlers*, Verwaltung in Privatrechtsform, S. 46ff.; *M. Stolleis*, öffentliches Recht und Privatrecht, S. 41; *E. Kaufmann*, Verwaltung, Verwaltungsrecht, S. 107ff.

<sup>3</sup> *M. Bullinger*, öffentliches Recht und Privatrecht, passim; vgl. *H. Kelsen*, AÖR 31 (1913), S. 53ff. (218).

<sup>4</sup> Nachweise dazu bei *G. Manssen*, Privatrechtsgestaltung, S. 106; vgl. a. *F. Bydliński*, AcP 194 (1994), S. 340ff.

Kräfte des Marktes, im öffentlichen Recht hingegen den Schutz des sozial Schwächeren und des Gemeinwohls angelegt sieht. Letzteres sind freilich Überzeichnungen einer Position, die heute schon angesichts zahlreicher privatrechtlicher Verbraucher- oder Konkurrentenschutzvorschriften so nicht mehr vertreten wird. Daß das Privatrecht von der Privatautonomie, das öffentliche Recht hingegen jedenfalls auch von seiner Funktion geprägt wird, die Ausübung staatlicher Zwangsbefugnisse zu umhegen, ist freilich eine nach wie vor aktuelle Auffassung<sup>5</sup>. Inwieweit sie zutrifft, hat Auswirkungen auch auf die hier aufgeworfene Fragestellung.

Die Trennung von Privatrecht und öffentlichem Recht in dem Sinn, daß – grob gesprochen – das öffentliche Recht das Recht des staatlichen Handelns ist, das Privatrecht dagegen das für die Rechtsbeziehungen der Bürger untereinander geltende Recht umfaßt, ist ein Produkt geistes- und rechtsgeschichtlicher Entwicklungen, in deren Verlauf sie durchaus unterschiedlich akzentuiert und verstanden worden ist. Sie ist daher ohne einen kurzen historischen Abriss ebensowenig zu verstehen und einzuordnen wie die wechselnde Bereitschaft, privatrechtliche Regeln ins Verwaltungsrecht zu übernehmen einerseits, die Skepsis, die solchen Versuchen entgegengebracht wird, andererseits.

### Abschnitt 1

## Die Entwicklung der Trennung von Privatrecht und Verwaltungsrecht

Die bekannte, *Ulpian* zugeschriebene Abgrenzung von Privatrecht und öffentlichem Recht in den *Digesten*<sup>6</sup> hat, abgesehen davon daß sie als Ursprung einer der auch heute noch geläufigen „Abgrenzungstheorien“ gilt, für die Trennung der beiden Rechtsgebiete im deutschen Recht keine wesentliche Rolle gespielt<sup>7</sup>. Nach der Rezeption des römischen Rechts hat es eine solche Trennung in dem heute geläufigen Sinn ebensowenig gegeben wie im früheren, mittelalterlichen Recht<sup>8</sup>. Herrschaftsbefugnisse und Bürgerrechte, sei es gegenüber dem Herrscher oder gegenüber anderen Untertanen, wurden nämlich als prinzipiell gleichartig angesehen, so daß eine Unterscheidung der beiden Materien ohne grundsätzliche Bedeutung war. Da-

<sup>5</sup> S. etwa *K.A. Schachtschneider*, Privatunternehmen, S. 460.

<sup>6</sup> *Dig.* 1.1.1 § 2; s.a. *Inst.* 1.1.4.

<sup>7</sup> *M. Stolleis*, öffentliches Recht und Privatrecht, S. 57; *D. Ehlers*, Verwaltung in Privatrechtsform; S. 30f.; *M. Bullinger*, öffentliches Recht und Privatrecht, S. 13.

<sup>8</sup> *M. Bullinger*, öffentliches Recht und Privatrecht, S. 13ff.; *D. Ehlers*, Verwaltung in Privatrechtsform, S. 30f.; *O. Koellreuter*, öffentliches Recht, S. 266; *E. Kaufmann*, Verwaltung, Verwaltungsrecht, S. 78ff. Daß dies allerdings nur *cum grano salis* gilt, weist *D. Wyduckel*, *Ius Publicum*, S. 50f., 53ff. nach.



gegen setzt eine kategoriale und rechtliche Konsequenzen nach sich ziehende, nicht lediglich zum Zwecke der Darstellung und Systematisierung vorgenommene Trennung von Privatem und öffentlichem Recht umgekehrt voraus, daß die Rechtsbeziehungen des Staates als grundsätzlich andersartig verstanden werden als die der Bürger untereinander.

### A. Die Bedeutung der Entwicklung souveräner Staatsgewalt

Daher ist die Entwicklung der souveränen Staatsgewalt im 17. und 18. Jahrhundert Voraussetzung für die Trennung von öffentlichem und Privatrecht<sup>9</sup>. Mit der Zusammenführung und Bündelung der vorher auf einzelnen Rechtstiteln beruhenden Herrscherrechte im Begriff der Souveränität<sup>10</sup>, die nunmehr selbst Ausgangspunkt daraus abgeleiteter, einzelner Herrschaftsbefugnisse wird, erhält der Staat eine Macht- und Rechtsposition, die mit der der Herrschaftsunterworfenen nicht vergleichbar ist. Die Erscheinungsformen staatlicher Herrschaftsgewalt beruhen nun nicht mehr auf einem den privaten Rechten gleichwertigen, sondern auf einem übergeordneten Rechtstitel und unterscheiden sich von den Rechten der der Souveränität Unterworfenen untereinander fundamental.

Nicht allein die Herausarbeitung des Souveränitätsbegriffs in der Wissenschaft der frühen Neuzeit ist grundlegend für das Auseinandertreten von öffentlichem und Privatrecht. Sie ist selbst Ausdruck und geht einher mit einer bedeutenden Ausweitung der Staatstätigkeit – bzw., um den Begriff des sich nun erst entwickelnden modernen „Staates“ nicht überzustrapazieren – der herrscherlichen Aufgaben und Befugnisse, die ihrerseits in einer zweiten Hinsicht zum Auseinandertreten der beiden Teilrechtsordnungen beitrug. Das Interesse an einer effektiven Erfüllung der neuen Aufgaben und der Macht- und Dignitätsanspruchs des Herrschers führte zu dem Bestreben, die Ausübung der Staatsgewalt von richterlicher Kontrolle möglichst weitgehend freizustellen. Da der souveräne Herrscher ja selbst Inhaber der rechtssprechenden Gewalt war, fügte sich dies auch nahtlos in den Souveränitätsbegriff ein. Dementsprechend wurde versucht, Regierungs- und Verwaltungssachen von den Justizsachen zu trennen, der Gerichtsbarkeit zu entziehen und einer lediglich verwaltungsmäßigen Kontrolle zu unterwerfen<sup>11</sup>.

Allerdings konnte nach wie vor gegen den Entzug wohlervorbene Rechte (*iura quaesita*) durch die Obrigkeit gerichtlicher Rechtsschutz erlangt werden. Wohlerworbene Rechte konnten dabei alle Rechte Privater

<sup>9</sup> Dazu s. *D. Grimm*, Zur politischen Funktion, S. 85ff.; *J. Schröder*, Privatrecht und öffentliches Recht, S. 966ff.; *B. Kempen*, Formenwahlfreiheit, S. 8ff.

<sup>10</sup> S. dazu m. Nachw. *H. de Wall*, Die Staatslehre Johann Friedrich Horns, S. 141f.; 158ff.

<sup>11</sup> *W. Rüfner*, Verwaltungsrechtsschutz, S. 26ff.; *D. Grimm*, Zur politischen Funktion, S. 86f.; *W. Böhmer*, Der Staat 24 (1985), S. 168ff.

sein, auch solche, die heute unter den Begriff des subjektiven öffentlichen Rechts subsumiert würden, wie etwa Konzessionen etc. Für die Justiziabilität war daher nicht entscheidend, daß eine Sache im heutigen Sinn als „öffentlich-rechtlich“ oder „privatrechtlich“ eingestuft wurde, sondern ob der Untertan ein subjektives Recht geltend machen konnte<sup>12</sup>. Zudem war die Souveränität in Deutschland, wo sie sich im 17. und 18. Jahrhundert als Territorialhoheit auf der Ebene der Territorien durchsetzt, überwölbt und eingeschränkt durch reichsrechtliche Bindungen. Diese beruhten nicht auf Souveränitätsvorstellungen, sondern entstammten älteren Rechtsschichten, die die Trennung von öffentlichem und Privatrecht nicht kannten und zudem sicherstellen sollten, daß auch gegen die Landesherrn Rechtsschutz vor den Reichsgerichten erlangt werden konnte. Auch wenn die Landesherrn zunehmend erfolgreich versuchten, solche Garantien zu beseitigen und zu unterlaufen<sup>13</sup>, war damit die Unterscheidung von öffentlichem und Privatrecht weiterhin von eingeschränkter, vor allem begrifflicher Bedeutung<sup>14</sup>. Noch das preußische ALR von 1794 kennt eine solche Trennung nicht, was freilich heftige zeitgenössische Kritik hervorrief<sup>15</sup>.

## B. Die Trennung im 19. Jahrhundert

### I. Privatrecht und öffentliches Recht als scharf geschiedene Kategorien

Die strenge Trennung von öffentlichem Recht und Privatrecht ist ein Produkt des frühen 19. Jahrhunderts<sup>16</sup>. Neben dem Wegfall der reichsrechtlichen Bindungen war dafür die im Frühliberalismus entwickelte Vorstellung von der Trennung von Staat und Gesellschaft entscheidend. Der souveränen Staatsgewalt wurde nunmehr die Gesellschaft als von staatlicher Einflußnahme freizuhaltender Bereich gegenübergestellt.

Ihren geistesgeschichtlichen Ursprung hat diese Vorstellung im naturrechtlichen Vertragsdenken<sup>17</sup>. Danach beruht die staatliche Souveränität auf

<sup>12</sup> W. Rüfner, Verwaltungsrechtsschutz, S. 27ff.

<sup>13</sup> S. dazu W. Rüfner, Verwaltungsrechtsschutz, S. 45ff.; F. Fleiner, Institutionen, S. 31ff.

<sup>14</sup> Vgl. dazu W. Rüfner, Verwaltungsrechtsschutz, S. 23ff.

<sup>15</sup> S. D. Grimm, Zur politischen Funktion, S. 84ff.; M. Stolleis, öffentliches Recht und Privatrecht, S. 51ff.

<sup>16</sup> S. Gagnér, Voraussetzungen, S. 21ff.; M. Bullinger, öffentliches Recht und Privatrecht, S. 37ff.; ders., in: FS Rittner, S. 70f.; M. Stolleis, Geschichte Bd. 2, S. 51ff.; ders., öffentliches Recht und Privatrecht, S. 57; J. Schröder, Privatrecht und öffentliches Recht, S. 961ff.; D. Grimm, Zur politischen Funktion, S. 88ff.

<sup>17</sup> B. Kempen, Formenwahlfreiheit, S. 12ff.; zweifelnd neuerdings J. Schröder, Privatrecht und öffentliches Recht, S. 972.

einem Herrschaftsvertrag der Herrschaftsunterworfenen mit dem Herrscher. Führt dies in den älteren Vertragslehren zu einer weitgehend unbeschränkten, lediglich an die überkommenen Grenzen von *ius divinum*, *naturale* und *gentium* gebundenen Herrschaftsmacht, setzte sich in den jüngeren Vertragslehren der Gedanke durch, daß dabei prinzipiell die Herrschaftsgewalt auf bestimmte Bereiche beschränkt werden kann. Die davon ausgeschlossenen Materien erscheinen dann als vorstaatlicher, herrscherlichem Zugriff entzogener Bereich bürgerlicher Freiheit<sup>18</sup>. Analog dazu sollte das Privatrecht als das im Rechtsverkehr der Bürger untereinander geltende Recht nach im 19. Jahrhundert verbreiteter, idealtypischer Vorstellung die Autonomie des Individuums zur Geltung bringen<sup>19</sup>. Regulierende und reglementierende staatliche Eingriffe in den gesellschaftlichen Wettbewerb, etwa in Form von Verfügungsbeschränkungen über Grundeigentum oder Regelungen des Dienstvertragsrechts, wie sie in den Gesindeordnungen enthalten waren, sind dem Wesen eines so verstandenen Privatrechts dagegen fremd und erscheinen als öffentlichrechtliche Eingriffe. Solche Sozialbindungen liegen daher, ganz abgesehen von der Frage, ob sie politisch zu akzeptieren sind, außerhalb des Blickfelds des Privatrechts. Vertragsfreiheit und Privatautonomie wurden zu den Grundprinzipien des Privatrechts, und dieses dann dem öffentlichen Recht als Recht des staatlichen Zwanges gegenübergestellt<sup>20</sup>.

Die Trennung von Privatrecht und öffentlichem Recht als zwei unterschiedliche Rechtsbereiche mit einander entgegengesetzten Grundprinzipien speist sich damit nicht nur aus zwei miteinander verwobenen Entwicklungslinien – Entstehung und Konsolidierung des modernen, souveränen Staates einerseits, Trennung von Staat und Gesellschaft andererseits, sie wird darüber hinaus auch noch erheblich ideologisch aufgeladen. Verstärkt wurde dies dadurch, daß der Bereich des Privatrechts gegen die unsicheren politischen Verhältnisse in zwei Richtungen abgeschirmt werden sollte: Gegen ein Wiedererstarken landesherrlichen Absolutismus' mit seinen wohlfahrtsstaatlichen, interventionistischen Neigungen einerseits, gegen

<sup>18</sup> S. dazu *Christoph Ch. Link*, Herrschaftsordnung, S. 144ff.

<sup>19</sup> Vgl. etwa *F.C. v. Savignys* Abgrenzung (1840): „... so unterscheiden (wir) zwey Gebiete, das Staatsrecht und das Privatrecht. Das erste hat zum Gegenstand den Staat, das heißt die organische Erscheinung des Volkes: das zweyte die Gesamtheit der Rechtsverhältnisse, welche den einzelnen Menschen umgeben, damit er in ihnen sein inneres Leben führe und zu einer bestimmten Gestalt bilde.“ *F.C. v. Savigny*, System, Bd. 1 S. 22; s. dazu *S. Gagnér*, Voraussetzungen, S. 27ff.; *M. Stolleis*, öffentliches Recht und Privatrecht, S. 57. *Savigny* ist ein Beispiel dafür, daß die strenge Scheidung beider Bereiche auch von einer Theorie aus möglich ist und vertreten wurde, die die naturrechtlichen Vertragslehren gerade ablehnt, s. System, Bd. 1 S. 10ff.

<sup>20</sup> S. dazu besonders *M. Bullinger*, öffentliches Recht und Privatrecht, S. 39ff.; ders., in: FS Rittner, S. 72ff.; *S. Gagnér*, Voraussetzungen, S. 27ff.; *D. Grimm*, Zur politischen Funktion, S. 88ff.; *D. Wyduckel*, *Ius Publicum*, S. 256; relativierend *J. Schröder*, Privatrecht und öffentliches Recht, S. 973f.

# Paragrafenregister

<b>AbgG</b>		§ 233	400 Fn. 764
§ 3	41	§ 236	410
<b>AFWoG</b>		§ 237	408
§ 1	516	§§ 268ff.	517; 518
<b>AGBG</b>		§§ 281ff.	377
§ 1	293; 297	§ 317	377
§ 2	295; 297 Fn. 343; 432	§ 342	516; 517
§ 3	295	<b>ArbGG</b>	
§ 4	295	§ 2	23
§ 5	295; 296 Fn. 334	<b>AsylVfG</b>	
§§ 8ff.	296	§ 12	189; 199 Fn. 332
§ 8	433; 434	<b>AuslG</b>	
§ 9	290 Fn. 312; 293 Fn. 325; 296	§ 24a	518 Fn. 1278
§§ 10f.	296	§ 68	188 Fn. 282
§ 11	296; 433; 434	<b>AVBFernwärmeV</b>	
§§ 13ff.	292	§§ 5f.	387
§ 13	292	§ 35	387
§ 23	291; 293; 296	<b>AVBWasserV</b>	
§ 24	296	§§ 5f.	387
§ 24a	296; 293 Fn. 328	§§ 6ff.	430
§ 27	291	§ 6	433 m. Fn. 898
<b>AO</b>		§ 35	387
§ 37	488	<b>BAFöG</b>	
§ 44	516; 526	§ 20	518 Fn. 1278; 521 Fn. 1292
§ 46	497; 500; 505 Fn. 1200; 510	§ 47a	517; 518 m. Fn. 1278; 521 Fn. 1292
§ 47	471	<b>BauGB</b>	
§ 48	516	§ 6	293 Fn. 325
§ 80	206	§ 11	293 Fn. 325
§ 128	138 Fn. 108, 143 Fn. 123	§ 14	151
§ 155	517	§ 19	122; 151
§§ 169ff.	471	§§ 24ff.	275
§ 169	473	§ 31	153
§§ 204ff.	263	§ 36	122; 151; 153
§ 224a	442 Fn. 934		
§ 225	442 Fn. 934		
§ 226	441 Fn. 928; 443; 446; 449 Fn. 967; 450; 451; 462		
§§ 228ff.	471; 473		
§ 232	471		

- § 37 151  
 § 93 307; 315  
 § 124 391  
 § 134 516; 517
- BayAGBG**  
 Art. 70f. 472 Fn. 1050  
 Art. 71 463; 472 m. Fn. 1050; 482  
 Fn. 1099; 486; 488 Fn. 1124
- BayBauO**  
 Art. 59 513  
 Art. 79 497
- BayBG**  
 Art. 92 426; 427
- BayEG**  
 Art. 8 307  
 Art. 11 308
- BayGO**  
 Art. 24 103; 437; 438  
 Art. 49 216  
 Art. 50 216  
 Art. 91 26
- BayHO**  
 Art. 18 403
- BayJAPO**  
 Art. 15 158
- BayKAG**  
 Art. 13 410; 441 Fn. 928; 442 Fn. 934;  
 450 Fn. 968; 472; 497; 516
- BayKostenG**  
 Art. 2 516; 531 Fn. 343  
 Art. 14 426  
 Art. 18 172
- BayKWBG**  
 Art. 49 516
- BayLStVG**  
 Art. 9 188
- BayPAG**  
 Art. 3 188 Fn. 284
- Art. 4 477 Fn. 1068  
 Art. 7 188  
 Art. 9 531 Fn. 1338  
 Art. 28 426, 531 Fn. 1338  
 Art. 54 477 Fn. 1068  
 Art. 70 310 Fn. 398 u. 403; 315
- BayStrWG**  
 Art. 51 512 Fn. 1248
- BayVwVfG**  
 Art. 53 482 Fn. 1091  
 Art. 62 472 Fn. 1050
- BayVwZG**  
 Art. 4 491
- BayWG**  
 Art. 44 511
- BBesG**  
 § 2 491  
 § 11 441 Fn. 929; 465; 497; 500
- BBG**  
 § 14 170  
 § 30 158; 161  
 §§ 54f. 277  
 § 59 216  
 § 78 318; 472  
 § 79 277; 415  
 § 84 426; 427; 465; 497; 500
- BBodSchG**  
 § 24 517 Fn. 1271; 519; 523  
 Fn. 1303
- BDSG**  
 § 7 302; 303; 315
- BeamtVG**  
 § 51 465; 497; 500
- BGB**  
 § 2 186  
 §§ 27f. 50  
 § 31 358; 359  
 §§ 32ff. 50  
 § 45 28  
 § 46 28

§ 89	358; 359	§ 179	215 m. Fn. 411
§§ 104ff.	183; 195; 201; 202; 204; 431	§ 181	216; 217
§ 104	185; 189; 190; 191; 198; 204 m. Fn. 357	§ 182	160; 164; 167; 168
§ 105	196; 197	§ 183	115 Fn. 52; 125; 151 m. Fn. 158; 152; 160; 161; 164 m. Fn. 200; 167; 168
§ 106	191	§§ 186ff.	489; 490
§ 107	96; 193; 194; 195 m. Fn. 314; 195; 202; 203	§§ 187ff.	489; 490
§ 108	197; 198 m. Fn. 325	§ 188	129
§ 110	194; 203; 434	§ 193	489; 490 m. Fn. 1134; 491
§ 111	195; 197	§§ 194ff.	471; 472 Fn. 1050; 486; 489
§ 112f.	434	§ 194	474; 476; 478 m. Fn. 1070; 477; 479; 480
§ 112	191–195; 199	§ 195	333; 335 Fn. 507; 474; 475; 480
§ 113	189; 191 m. Fn. 295; 192–195; 199	§§ 196ff.	475
§ 116ff.	88; 145	§ 197	46; 472; 480; 481; 484
§ 117	509	§ 202	481
§§ 119ff.	51; 78; 86; 115; 116 Fn. 27; 145; 149; 154; 159; 171–174 m. Fn. 228; 176; 177; 181; 182; 466; 538	§ 203	483 Fn. 1099
§ 119	60; 67 m. Fn. 59; 149; 177	§ 204	481
§ 121	149; 179	§ 206	483 Fn. 1099
§ 122	172; 177; 180; 304 m. Fn. 374; 311	§ 207	483 Fn. 1099
§ 123	149; 153 Fn. 164; 169; 170; 177; 178 m. Fn. 245; 179	§ 208ff.	482
§ 124	149; 179	§ 209	481; 482; 483; 485; 486
§ 125	212; 213; 272	§ 210	484; 485; 486
§ 126	272	§ 212	483 m. Fn. 1099
§ 130	96; 125–130; 131 Fn. 156; 160; 161; 164 Fn. 200; 167; 168; 181; 182	§ 217	482; 483
§ 131	188	§ 218	483 m. Fn. 1099
§ 133	132; 133; 140; 144	§ 221	478 m. Fn. 1074
§ 134	300; 364; 365	§ 222	462; 465; 471; 474; 486; 487; 488 m. Fn. 1124
§ 138	300; 364; 432	§ 225	489
§ 139	67 m. Fn. 59	§ 241	78; 88; 226; 338
§ 140	142 m. Fn. 123	§ 242	67; 75; 76; 88; 105; 237; 238 m. Fn. 69; 239–245; 253; 269; 276; 277; 294; 321; 325 Fn. 466; 375; 432; 539
§ 142ff.	176	§ 246	85; 405
§ 142	181	§§ 249ff.	88; 302; 303; 306; 307; 308; 311; 329; 346 m. Fn. 552; 539
§ 145	160; 174; 175; 176	§ 249	268; 304; 312; 327; 333
§ 147	174	§ 250	268; 304; 311; 312; 539
§ 154	300	§ 251	268; 304; 311; 312; 322 m. Fn. 456; 323; 539
§ 151	125	§ 252	305; 306; 309; 311; 312; 334; 539
§ 157	75; 132; 133; 137; 138 Fn. 108; 140; 143; 144	§ 253	304 Fn. 374; 306; 308; 310; 311; 312; 382 Fn. 683; 539
§ 162	269; 270	§ 254	63 Fn. 39; 79; 302; 304; 305; 312; 315; 316 m. Fn. 427; 317; 318 m. Fn. 441; 319; 321–325 m. Fn. 466; 327; 345; 411 Fn. 815; 421; 526 m. Fn. 1316; 539
§§ 164ff.	120; 206; 207; 217; 539		
§ 165	207		
§ 166	207		
§§ 170ff.	208 Fn. 378; 209		
§ 177ff.	212; 213; 215; 216		

- § 273 425; 426 m. Fn. 871; 427; 428;  
 429 m. Fn. 884; 460  
 § 274 429  
 §§ 275ff. 331; 400 Fn. 768  
 § 275 373; 376  
 §§ 276ff. 416; 418; 420; 421; 430; 435;  
 439  
 § 276 87; 331; 351; 352; 353; 355;  
 381; 412 Fn. 820; 417; 433  
 § 278 317; 328; 329; 352; 357 m.  
 Fn. 587; 358; 358; 378; 380;  
 412 m. Fn. 820; 417; 434  
 § 279 352; 376; 377  
 § 280 98; 304; 328 Fn. 475; 380; 381;  
 386  
 § 281 380 m. Fn. 678; 381  
 § 282 328 m. Fn. 475; 333, 335; 353  
 m. Fn. 573; 356 m. Fn. 580 u.  
 583  
 § 283 375  
 §§ 284ff. 338; 389; 397 m. Fn. 750; 399–  
 404 Fn. 789  
 § 284 390; 391; 392; 395; 396; 406  
 § 285 328; 338; 353; 356; 392  
 § 286 344; 389–393; 397; 400; 401  
 § 287 352; 393  
 § 288 85; 99; 104; 106; 330; 344; 389;  
 390; 397; 400–403; 405  
 § 291 389; 406 m. Fn. 795; 407, 408;  
 409 m. Fn. 810; 410; 411  
 § 300 354  
 § 305 445 Fn. 949  
 § 306 362–365; 373; 385  
 § 307 366 m. Fn. 618 u. 619; 367  
 § 308 365  
 § 309 365; 366 Fn. 618  
 §§ 315ff. 299; 300; 301  
 § 315f. 301; 302  
 § 315 300; 301; 409 Fn. 810  
 §§ 317ff. 301  
 § 319 301  
 § 320 427  
 § 321 279  
 §§ 323ff. 381; 430  
 § 323 333; 375; 379; 381; 382 m.  
 Fn. 685  
 § 324 382 Fn. 686; 383  
 § 325 333; 374; 375; 379; 382; 383;  
 386; 388; 393 Fn. 731; 493;  
 494; 495  
 § 326 333, 375; 390, 391; 397; 493;  
 494; 495  
 § 327 382
- §§ 328ff. 298  
 § 328 299; 513 Fn. 1250  
 § 333 513  
 § 339 375 Fn. 654  
 §§ 346ff. 382; 492; 493 m. Fn. 1151; 494  
 § 360 493 Fn. 1151  
 §§ 362ff. 441; 442  
 § 362 442  
 § 364 442  
 § 366 442 Fn. 934  
 § 372 442 m. Fn. 936 u. 937  
 §§ 387ff. 71 Fn. 75; 74; 441 m. Fn. 928;  
 443; 445 m. Fn. 949; 446 m.  
 Fn. 960; 447 m. Fn. 962; 448;  
 449; 450; 463; 465; 467; 468;  
 471; 479  
 § 387 74 Fn. 85; 104; 448 Fn. 964;  
 449; Fn. 967; 453  
 § 388 445; 466  
 § 389 445; 451–455; 460 Fn. 1007;  
 462; 466 Fn. 1030; 467 m.  
 Fn. 1032; 468; 471  
 §§ 390ff. 445; 447; 449  
 § 390 71 Fn. 75; 451; 456–460; 462  
 m. Fn. 1013; 463  
 §§ 393ff. 447 Fn. 961  
 § 393 464  
 § 394 464, 465  
 § 395 444 m. Fn. 945; 445; 464  
 Fn. 1021  
 § 397 491; 492  
 §§ 398ff. 237; 495; 500; 501; 502 m.  
 Fn. 1189; 503–506; 512; 513  
 Fn. 1255  
 § 398 496; 502 m. Fn. 1189  
 §§ 399ff. 511  
 § 399 506; 516  
 § 400 497; 507  
 § 401 503; 507; 527  
 § 402 508  
 § 403 506; 508  
 § 404 508; 510  
 § 405 508  
 § 406 444 Fn. 944; 508; 510  
 § 407 508; 509  
 § 408 509  
 § 409 509; 510  
 § 410 508; 510  
 § 411 496; 500; 501; 508; 510  
 § 412 510; 527  
 § 413 495; 503; 505; 511  
 §§ 414ff. 512; 513 Fn. 1255  
 § 414 513

§§ 415ff.	512	§ 1004	311 Fn. 408; 318 m. Fn. 441; 319; 321
§ 415	513	§ 1303	186
§ 417	514	§ 1903	191
§ 419 a.F.	512 Fn. 1242; 514; 515 m. Fn. 1259; 516	§ 1922	502 Fn. 1189
§§ 421 ff.	516; 517; 518 Fn. 1279; 520; 524	§ 2229	186
§ 421	62; 518–521; 528; 534; 535; 540	<b>BGB-KE</b>	
§ 422	522	§ 196	328
§ 425	522	§ 199	328
§ 426	62 Fn. 37; 318; 510; 517 Fn. 1274; 518 Fn. 1279; 520; 522; 523 m.Fn. 1303; 524 m. Fn. 1308; 525–529; 530 m. Fn. 1333; 531 m. Fn. 1334; 535; 536 m. Fn. 1353	§ 280	361; 391; 412
§ 427	517; 518; 522	§ 286	391
§ 467	493 m. Fn. 1151	<b>BGG</b>	
§§ 564ff.	494	Art. 52	310 Fn. 403
§ 599	430	<b>BHO</b>	
§ 610	279	§ 18	403
§§ 611ff.	54	§ 44a	224; 299 Fn. 351; 341
§ 618	54; 66; 67; 72	<b>BhV</b>	
§§ 620ff.	494	§ 1	497
§ 632	302	<b>BlmSchG</b>	
§ 670	526	§ 3	32
§ 683	318 Fn. 441; 526	§ 22	32
§§ 688ff.	67 Fn. 59	<b>BRRG</b>	
§ 690	354; 355	§ 2	416
§ 714	517	§ 8	369
§ 775	279	§ 36	416
§§ 812ff.	33; 60; 78	§ 46	33; 302; 305; 318; 472; 516; 519; 526
§ 812	56 Fn. 15; 318 Fn. 441	§ 48	415
§§ 814ff.	325	§ 51	441 Fn. 929; 443; 465; 497; 500
§ 818	78 m. Fn. 96; 324; 397 Fn. 750; 404 Fn. 783	§ 53	33; 61
§ 823	327; 424; 425	<b>BSeuchG</b>	
§ 826	239	§ 51	309
§ 839	24; 78; 265; 278; 302; 303; 306; 316; 326; 327 m. Fn. 472; 329; 333; 335; 336; 337; 351; 352; 354; 358; 359; 367; 381 Fn. 680; 389; 399; 404; 411 Fn. 815; 412; 416; 418; 425; 435; 437; 439; 440	<b>BSHG</b>	
§ 840	517; 518; 530; 531 m. Fn. 1334	§ 4	497; 498
§ 852	180; 328; 333; 485	§ 11	61; 236 Fn. 63; 516
§ 875	127	§ 29	62; 516
§ 906	32	§ 43	516
§ 928	28	§ 90	510
§ 981	28	§ 91	510
		<b>BVG</b>	
		§ 9	309



<b>BWBodSchG</b>		Art. 31	107
§ 10	517 Fn. 1271	Art. 33	23
		Art. 34	24; 78; 302; 305; 326; 327; 329; 333; 337; 354; 357; 358; 359; 367; 381, Fn. 680; 389; 404; 412; 416; 418; 435; 437; 439; 440
<b>BWGebührenG</b>			
§ 19	472		
<b>EGBGB</b>		Art. 70	107
Art. 55	25; 27 Fn. 102; 46; 212; 213; 501	Art. 72	212; 439
		Art. 74	23; 212; 436; 437; 439
		Art. 87	23
<b>EGInO</b>		Art. 87d	23; 26
§ 33	516	Art. 87e	23
		Art. 87f	23
<b>Einigungsvertrag</b>		Art. 95	23
Art. 9 i. V. m. Anlage II, Sachgebiet B, Abschn. III Nr. 1	303	Art. 97	93; 94
		Art. 100	93; 185 Fn. 271
		Art. 103	94
		Art. 110	403
<b>EnergiewirtschaftsG</b>		Art. 115	403
§ 7	291; 387 Fn. 705	Art. 123	34
		Art. 124	489
		Art. 125	489
<b>FeV</b>			
§ 10	187		
<b>FGG</b>		<b>GVG</b>	
§ 33	23	§ 13	13; 23; 43
		§ 17a	43
<b>FStrG</b>		<b>HessAbfAG</b>	
§ 2a	124	§ 21	523 Fn. 1303
§ 8a	315		
<b>GastG</b>		<b>HessAltlastG</b>	
§§ 9ff.	206	§ 12	517 Fn. 1271 u. 1274; 523 Fn. 1303
<b>GewO</b>		<b>HessVwKostenG</b>	
§ 35	206	§ 21	472
§§ 45ff.	206	<b>HessSOG</b>	
<b>GG</b>		§ 8	531 Fn. 1338
Art. 1	30; 34	§ 43	531 Fn. 1338
Art. 2	103; 267; 317	<b>HGB</b>	
Art. 3	63; 107; 108; 521	§ 352	85; 404
Art. 6	185	<b>HintO</b>	
Art. 12a	23	§ 3	450 Fn. 967
Art. 14	103; 268; 307; 308; 309 Fn. 392; 314	<b>KO</b>	
Art. 19	301	§ 61	507
Art. 20	30; 91; 93; 94; 102; 107; 209; 267; 448 Fn. 964		
Art. 28	104; 437		

<b>LAG</b>		§ 40	396 Fn. 745
§ 60	511	§ 41	396 Fn. 745
<b>MEPolG</b>		§ 44	396 Fn. 745
§ 45	535	§ 45	472
§ 46	532	§ 51	441 Fn. 928; 465
§ 49	535	§ 53	497; 500; 507 m. Fn. 1208 u. 1215
§ 50	517; 519; 531; 532; 533 Fn. 1343; 534; 535	§ 66	252 Fn. 150
<b>NdsVwKostG</b>		<b>SGB IV</b>	
§ 18	472	§ 25	472
<b>NWGebG</b>		<b>SGB V</b>	
§ 20	472	§ 76	357 Fn. 587
<b>NWLBG</b>		<b>SGB VII</b>	
§ 91	303	§ 2	420
<b>NWPolG</b>		§§ 104ff.	420
§ 46	426	<b>SGB X</b>	
<b>PAuswG</b>		§ 43	142 Fn. 123
§ 3	302	§ 50	472 Fn. 1052
<b>PersBefG</b>		§ 82	302
§ 23	430	§ 111	472 Fn. 1052
<b>PStG</b>		§ 113	472
§ 61	190	§ 116	510; 516; 518 m. Fn. 1279
<b>RAO</b>		<b>SGG</b>	
§ 211	453 Fn. 980	§ 51	23
<b>RhPLBG</b>		<b>SoldG</b>	
§ 99	303	§ 24	302
<b>Richtlinie 93/13 EWG vom 5.4.1993</b>		<b>StaatshaftG DDR</b>	
Art. 2	41; 296	§ 3	303; 305 Fn. 375
<b>RKEG</b>		<b>StPO</b>	
§ 5	184; 187	§ 136	147 Fn. 138
<b>RVO</b>		§ 136a	169 Fn. 215
§ 368	357 Fn. 587	<b>StVollzG</b>	
<b>SGB I-AT</b>		§ 2	419
§§ 13ff.	140; 268	§ 4	419
§ 16	130	§ 121	101 Fn. 52; 448 Fn. 964
		<b>StVO</b>	
		§ 45	124
		<b>StVZO</b>	
		§ 7	188 Fn. 282

<b>VAG</b>		§ 22	159
§ 8	290 Fn. 312	§ 23	129
§ 13	290 Fn. 312	§ 24	130; 140; 177; 190; 196; 197; 209; 487
<b>VVG</b>		§ 25	51; 124; 140; 175; 176; 190; 193; 194; 265; 276; 354; 414; 487
§ 3	453	§ 26	533
<b>VwGO</b>		§ 28	209; 470
§ 40	23; 25; 43; 83; 330	§ 31	62; 129; 489; 490; 491 m. Fn. 1139
§ 43	228	§ 32	269
§ 44a	154 Fn. 168	§ 35	23; 122; 466
§ 57	491 Fn. 1139	§ 36	120; 193
§ 58	252; 253; 257; 278	§ 37	49; 134; 135 m. Fn. 86; 136
§ 61	370	§ 38	243; 260 m. Fn. 185; 261; 263; 280
§ 68	485	§ 39	49
§ 70	132; 278	§ 40	188
§ 72	456	§ 41	49; 122; 124; 126; 127; 490; 491
§ 73	105; 456	§§ 43ff.	49; 174
§ 75	395; 408	§ 43	125; 152; 188; 470; 471
§ 80	121; 410; 411; 450; 451 m. Fn. 973; 456; 457 m. Fn. 995; 458–462	§§ 44ff.	423
§ 90	407	§ 44	151 Fn. 158; 169; 197; 211; 362; 363–367; 369; 371 m. Fn. 640; 372; 374 m. Fn. 652; 384; 385 Fn. 696; 470; 471
§ 92	163; 164	§ 45f.	154 Fn. 168; 155; 197
§ 113	320; 456	§ 45	197
§ 114	488	§ 46	176; 363
§ 126	163	§ 47	142 m. Fn. 123
§ 137	247 Fn. 125	§§ 48ff.	51; 148–151; 154 m. Fn. 168; 170; 174; 243
§ 140	163	§ 48f.	153; 165; 241
§ 167	377	§ 48	150; 152; 153 Fn. 164; 169; 171; 179; 180; 244; 263; 264; 311; 456
§ 169	377	§ 49	152; 159 Fn. 179; 169; 224; 280; 299 Fn. 351; 311; 341; 382 m. Fn. 685; 456
<b>VwKostG</b>		§ 49a	400 Fn. 764
§ 15	157; 165 Fn. 203	§ 50	165
§ 20	472	§ 53	472; 482; 483; 484 m. Fn. 1101
<b>VwVfG</b>		§§ 54ff.	23; 431
§ 1	23; 274 Fn. 241	§ 54	122; 231; 274; 286; 299; 360 Fn. 600; 362 m. Fn. 605; 370; 493 Fn. 1151; 516
§ 3	369	§ 55	301; 370
§ 6	295	§ 56	298; 300; 301; 370; 381; 384; 414
§ 9	49; 215; 216; 260; 261	§ 57	121; 125; 175; 272; 273; 274; 295; 300 Fn. 354; 505
§ 12	61; 83; 156; 184–194; 195 Fn. 314; 199; 203; 206; 207	§ 58	505
§ 13	159	§ 59	61; 83; 174; 176; 177; 211; 295;
§§ 14ff.	207		
§ 14	161; 200; 206; 209; 210; 215; 216		
§ 15	155; 174		
§ 16	196		
§ 20	216		
§ 21	216		

	300; 301; 359; 362; 363 m.	<b>VwZG</b>	
	Fn. 607; 364; 365; 367; 369;	§ 4	491
	370; 371 m. Fn. 640 u. 642;	§ 13	128
	372 m. Fn. 643; 373; 374		
	Fn. 652	<b>WHG</b>	
§ 60	281; 282 m. Fn. 280; 283;	§ 7	497
	284 m. Fn. 289; 285; 286;	§ 8	497
	288; 289 m. Fn. 310; 363	§ 19	497
	Fn. 607; 364; 368; 369;	§ 20	307
	370; 375; 377 m. Fn. 677;		
	378	<b>WpflG</b>	
§ 61	370	§ 19	199
§ 62	2; 22; 37; 45; 61; 62; 83; 116;		
	117; 127; 142 Fn. 123; 143;	<b>ZDG</b>	
	173; 174; 176; 177; 179; 180;	§ 76	199
	193; 230; 231; 242; 272; 277;		
	283; 284 m. Fn. 289; 285; 288;	<b>ZPO</b>	
	289; 291; 292; 298; 301; 304;	§ 53	191
	330; 348; 349; 355; 356; 359;	§ 148	486
	365; 366; 368; 374 Fn. 652;	§ 222	491
	375 m. Fn. 654; 376; 378;	§ 254	409
	380–384; 390; 393; 401; 405;	§ 256	228
	413; 414; 422; 424; 426; 492;	§ 261	407
	493; 522	§ 287	409
§ 64	132	§ 322	452 Fn. 977
		§ 767	452 m. Fn. 977
<b>VwVG</b>			
§ 1	484	<b>ZVG</b>	
§ 5	377	§ 10	507
§ 19	517		



# Sachverzeichnis

Die fetten Zahlen verweisen auf die Seiten, auf denen das betreffende Stichwort schwerpunktmäßig behandelt wird.

- Abgabenbescheid 410; 411
- Abgrenzungstheorien 7; 24–28; 35; 36
  - s.a. Trennung von öffentlichem Recht und Privatrecht
  - s.a. Zweistufentheorie
  - Interessentheorie 24
  - Subjektstheorie, modifizierte 24
  - Subordinationstheorie 24
- Abschleppen 504
- Abtretung 495–511; 540
  - verwaltungsrechtlicher Rechtspositionen 503–505
  - vermögensrechtlicher Ansprüche 496; 499; 501
  - Anwendbarkeit der privatrechtlichen Vorschriften 505–511
  - gutgläubiger Erwerb einer abgetretenen Forderung 509
  - Mehrfachabtretungen 509
  - und Nachfolgefähigkeit 495–500
  - und Nachfolgetatbestand 495; 496
  - höchstpersönlicher Rechte und Pflichten 497–499; 506; 515
  - und Rechtsnachfolge 495; 496
  - und Schuldnerschutzvorschriften 508–510
  - und gesetzlicher Forderungsübergang 510; 511
  - Unabtretbarkeit 506
  - als verwaltungsrechtlicher Vertrag 505; 506
- AGBG 290–298; 431–433; 539
  - nichtvertraglicher Schuldverhältnisse 297, 298
  - Anwendung auf verwaltungsrechtliche Verträge 291–297
  - analoge Anwendung 292–294
  - unmittlere Anwendung 291, 292
  - und Haftungsbeschränkungen 431–433
- Aktivforderung 443; 449; 450; 456; 458–460
- allgemeine Rechtsgrundsätze 16; 58; 60; 65–68; 71–77; 82; 106, 107; 144; 330; 345; 416; 430; 446; 447; 473; 474
- Allgemeiner Teil des Rechts 17; 46; 57
- Allgemeines preußisches Landrecht 9
- Allgemeinverfügung 498
- Altersversorgung, betriebliche 473
- Altlasten 476; 477; 528; 529; 533
- Amtsermittlungspflichten 176; 177; 190; 210
- Amtshaftung 13; 24; 78; 84; 86; 218; 265; 326–329; 333; 336; 337; 344; 347; 348; 351; 356–359; 367; 389; 394; 396; 399; 400; 404; 410; 412; 416; 418; 420; 424; 425 428; 485, 486; 540
  - Amtshaftungsanspruch 24; 78; 84; 86; 265
  - Einschränkungbarkeit der Amtshaftung 425–440
  - Ergänzungsfunktion der §§ 284 ff. BGB 399; 400
- Amtspflichtverletzung 327; 328; 366; 389; 399; 412; 440
- Analogie 15–19; 28; 44; 46; 53–55; **62–81**; 84–89; 96–100; 102; 104; 105; 107; 108; 132; 159; 162–181; 195; 213; 215; 224; 229; 230; 291–294; 302–325; 330–336; 340; 345–352; 368; 387; 390; 407; 410; 416; 426–428; 439; 446–452; 473–481; 490; 494–496; 500–503; 505; 508; 512; 517–520; 524–527; 530; 532; 534; 537–539
  - s.a. Anwendung, rechtsgrundsätzliche
  - s.a. Lückenfüllung
  - s.a. Regelungslücke
  - und Abtretungsvorschriften 500–511
  - und AGBG 290–294
  - Analogieverbot im Strafrecht und für Eingriffe 94

- und Aufrechnung 446–452
- Begriffsanalogien 88, 89
- Einzelanalogie 65
- Gesamtanalogie 65; 68
- und Gesamtschuld 517–534
- Gesetzesanalogie 65
- mittelbare Analogie 72
- und unvollständige Rechtssätze 87
- und Schadensersatzvorschriften 302–325
- und Schuldübernahme 512
- und Verjährung 473–480
- Voraussetzungen bei Leistungsstörungenregeln im Verwaltungsrecht 347–351
- unmittelbare Analogie 72
- Anfechtung 144–183; 537
  - Anfechtungsfristen 179–181
  - bürgerlichrechtliche Vorschriften im Verwaltungsrecht 144–150; 171–173
  - bürgerlichrechtliche Anfechtungsregeln bei verwaltungsrechtlichen Vertragserklärungen 176–181
  - nicht mehr rücknehmbarer öffentlich-rechtlicher Erklärungen 169–173
  - wegen Irrtums 177
  - und Schadensersatzpflicht 179–181
  - wegen Täuschung oder Drohung 177–179
  - und Verwaltungsakt 150–158
- Anfechtungsklage 410, 411; 451; 456–462
- Anpassung des Vertrages 368; 369; 494
- Anschlußzwang 342; 393; 436–439; 494
- Anstaltsbenutzungsverhältnisse 20; 96; 101; 102; 339–344; 354; 355; 384; 386–388; 417–420; 430; 432; 434; 436–440; 495
- Anstaltsgewalt 14
- Anwendung, rechtsgrundsätzliche 53; 55; 62; 65; 68; 69; 73–77; 80–81; 105–107; 144; 345; 500–502
  - s.a. Analogie
  - s.a. Lückenfüllung
  - s.a. Rechtsgrundsatz
  - s.a. Regelungslücke
- Arbeitnehmerhaftung 33
- Arbeitsrecht 21; 32; 66; 91
- Auffangordnungen, wechselseitige 42
- Aufopferungsanspruch 218; 308–310; 329; 334; 479; 481
  - und Entschädigung 308–310
- Aufrechnung 33; 73; 74; 84; 97; 98; 101; 104; 105; 110; 181; 182; 429; 443–471; 540
  - „rechtswidrige“ Aufrechnung 470; 471
  - Aufrechnungsbefugnis 459; 461; 462
  - Aufrechnungshindernisse 456–465
  - Aufrechnungsverbot 429
  - Forderung aus unerlaubter Handlung 464
  - unpfändbare Forderung 464; 465
  - verjährte Forderung 462–464
  - als Erfüllungssurrogat 469
  - und Liquidität 450; 451
  - nach bürgerlichem Recht 443–445
  - Probleme der Übertragbarkeit der Aufrechnungsregeln 448–471
  - Rechtsnatur der behördlichen Aufrechnungserklärung 465–471
  - und Rückwirkungsfiktion 451–456
  - Übertragbarkeit ins Verwaltungsrecht 445–448
  - und Vollstreckung 469; 470
  - Verwaltungsaktsqualität 465–471
  - aufschiebende Wirkung von Widerspruch und Anfechtungsklage 456–462
- Ausgleichsanspruch bei Gesamtschuld 522–536
- Auskunft 265–271
- Auslegung öffentlich-rechtlicher Erklärungen 53; 62; 100; 104; 105; 132–144; 467; 468
  - der Aufrechnungserklärung 467; 468
  - mit Drittwirkung 138; 139
  - gesetzeskonforme 136–138; 144
  - günstigste 141–143
  - interessengerechte 140; 141
  - der Rechtsform des Verwaltungshandelns 134–136
  - von Verträgen 143; 144
- Austauschvertrag 381; 384; 414
- Baugenehmigung 348; 428; 498; 511
- Beamtenverhältnis 11; 18; 33; 54; 66; 71; 161; 170; 229; 415–416; 426; 437; 439; 443; 465; 472; 496; 497; 501; 521; 522
- Beamtenhaftung 439; 440
  - s.a. Amtshaftung
  - s.a. Haftung
- Begriffsanalogien 88, 89
- Behandlungsverhältnis 419
- Behörde
  - Beteiligtenfähigkeit 370; 371
  - Prozessstandschaft 371
  - als Vertragspartei 370; 379
  - Zuständigkeit 369–371

- Beitragsboykott 427  
 Bekanntgabe des VA 125–132  
   s.a. Willenserklärung  
   s.a. Zugang  
 – Empfangstheorie 127  
 – Wirksamkeit 125; 126; 131  
 – Kenntnisnahme 131  
 – Minderjährigenschutz 188; 189  
 – eingeschränkte Vernehmungstheorie 131  
 – Verweigerung der Annahme 128  
 – Zugangshindernisse 127; 128  
 Belehrung, falsche 265–271  
 Beleihung 503  
 Benutzungszwang 342; 393; 415; 433;  
   436–439; 494  
 Beratungspflicht der Verwaltung 51; 130  
 Bereicherungsanspruch 480; 481  
 besonderer Rechtsgrundsatz 73; 331; 332  
 Bestätigungsschreiben, kaufmännisches 123  
 Bestandskraft 49; 51; 104; 115; 148–153;  
   165; 173  
 Bestandsschutz 333–335; 351; 352  
 Bestimmtheit 100; 122; 134–236; 139  
   s.a. Rechtsicherheit  
   s.a. Vorhersehbarkeit  
 Betätigungserklärung 116  
 Betreuungsgrundsatz 51; 124; 130; 140;  
   141; 143  
   s.a. Betreuungspflicht  
 Betreuungspflicht 130; 176; 177; 193; 267;  
   268; 353–355; 367; 381; 413; 421–423  
   s.a. Betreuungsgrundsatz  
 – der Verwaltung 130; 140–143; 193  
 Beweislastverteilung  
 – und Gesamtschuld 520; 533  
 – bei Leistungsstörungen 328; 335; 353  
 Bürgerhaftung 349–351  
   s.a. Haftung  
 Bürgschaft 34  
  
 clausula rebus sic stantibus 279–289; 368;  
   369  
 – Anwendungsbereich 281; 282  
 – und Unmöglichkeit 368; 369  
 – und Wegfall der Geschäftsgrundlage 279–289  
 commodum, stellvertretendes 381; 383  
 culpa in contrahendo (c.i.c.) 344; 360; 366;  
   421–425  
   s.a. Leistungsstörungen  
 – Fallgruppen 421–423  
   – im Verwaltungsvertragsrecht 421–425  
   – in sonstigen verwaltungsrechtlichen  
     Leistungsbeziehungen 425  
   – Verpflichtung zum Schadensersatz 423–  
     425  
   – Voraussetzungen 421–423  
   culpa post contractum finitum 424  
  
 Dauerschuldverhältnis 65; 393; 394; 494;  
   495  
 Deduktion 70; 73  
 Deliktshaftung 326, 327; 349; 359; 435,  
   436; 465  
   s.a. Haftung  
   s.a. Handlung, unerlaubte  
 Dienstverhältnis, öffentlichrechtliches 23; 30; 72  
 Dienstvertrag 415; 416  
 Dinglichkeitslehre 498; 499  
 Doppelnatur prozessualer und materieller  
   Erklärungen 155–158  
 Doppelrechtsweg 43  
 Drittschadensliquidation 305, 306  
 Drittschutz 2; 32; 39; 138; 139; 166; 167;  
   256–259; 278; 279  
   s.a. Nachbarschaftsverhältnis  
   s.a. Konkurrentenverhältnis  
 Drittwirkung, Verwaltungsakte mit 139  
 Drohung 177–179  
  
 Ehegattengesamtschuld 526  
 Eingriff 49; 50; 97–99; 100; 255, 256; 438;  
   447; 475–478  
 – Eingriffsbefugnisse, sicherheitsrechtliche 475–478  
 – Eingriffsverwaltung 49; 50; 97; 98; 225  
 Einvernehmensefordernis 150; 151; 155,  
   156; 160; 167; 193; 194  
   s.a. Mitwirkung  
 Einwilligung 193–195; 513  
   s.a. Genehmigung  
 Empfangstheorie 127  
 Enteignungsentschädigung 218; 306–308;  
   315–318  
 Enumerationsprinzip 13  
 Entschädigungsanspruch 315–318; 329;  
   334; 479; 486; 535  
 – sekundärer Entschädigungsanspruch 486  
 – und Mitverschulden 315–318  
 Erbrecht 227  
 Erfüllung 441; 442  
 Erfüllungsgehilfe 329; 357–359; 434, 435



- Erfüllungsinteresse 374; 424  
 Erfüllungssurrogat 469  
 Erlaß 491; 492  
 Erlöschen verwaltungsrechtlicher Schuld-  
 verhältnisse 441–495  
   s.a. Aufrechnung  
   – und Aufrechnung 443–471  
   – durch Erfüllung 441; 442  
   – durch Hinterlegung 441; 442  
   – durch Kündigung 494; 495  
   – durch Rücktritt 493; 494  
 Ermessen 38; 60; 409; 477; 487; 488; 498;  
 499; 520–522; 524–526; 528; 529; 531  
   – Ermessensausübung 60; 477; 487; 488  
   – Ermessensbindung 524–526; 540  
   – Ermessensentscheidung 38; 498; 499;  
   520–522; 524–526; 528; 529; 531  
   – Ermessensfehler 409  
 Ersatzvornahme 532  
 Erschließungsvertrag 240; 391  
 Erstattungsanspruch, öffentlichrecht-  
 licher 4; 22; 37; 60; 62; 84; 86; 94; 96;  
 218; 233; 311; 312; 324–326; 451; 457;  
 472; 473; 480; 488; 489  
   – und Mitverschulden 324, 326  
 Erwerb einer abgetretenen Forderung,  
 gutgläubiger 509  
 Erziehungsrecht 185; 199; 200  
 Europäisierung des Verwaltungs-  
 rechts 41; 42  
  
 Fahrlässigkeit 87; 328; 353; 354  
 Familienrecht 227  
 Fehler, offenkundiger 471  
 Festsetzungsverjährung 471  
 Feststellungsklage 228; 482  
 Fiskus 11–13; 20; 28; 58  
   – fiskalische Hilfsgeschäfte 20  
   – fiskalische Rechte 20  
   – Fiskustheorie 11–13; 14; 28; 58  
 Flucht ins Privatrecht 22; 348  
 Flucht ins Verwaltungsrecht 418  
 Folgenbeseitigungsanspruch, öffentlich-  
 rechtlicher 318–323; 329; 333; 400  
   – und Mitverschulden 318–323  
 Forderung, verwaltungsrechtliche  
   – aus vorsätzlich unerlaubter Hand-  
   lung 464  
   – unpfändbare Forderung 464; 465  
   – verjährte Forderung 462; 463  
   – und Zurückbehaltungsrecht 425–430  
 Forderungsbescheid 457–461; 483; 484  
   s.a. Leistungsbefehl  
   s.a. Leistungsbescheid  
 Forderungsverletzung 332–337; 347; 358  
   s.a. Vertragsverletzung, positive  
 Formenmißbrauch der Verwaltung 21; 26  
 Formenwahlfreiheit der Verwaltung 26;  
 35; 59; 101; 114; 134; 347–349; 428  
 Formerfordernis 121; 122; 132; 271–274;  
 363  
   s.a. Formmangel  
 Formmangel 271–274  
 Fristen 30; 179; 251–253  
   s.a. Verjährung  
 Fristberechnung 62  
   s.a. Verjährung  
 Fürsorge 339–341; 342; 343; 349; 404;  
 415–418  
   – als Kriterium der Eingrenzung des  
   verwaltungsrechtlichen Schuldver-  
   hältnisses 339–341  
  
 Garantiehaftung 373; 375  
   s.a. Haftung  
 Gattungsschulden 376; 377  
 Gebietslücke 83  
 Gefährdungshaftung 529  
 Gefahrenabwehr 476; 477; 480; 528–533  
 Gefahrerforschung 477  
 Gegenseitigkeitsordnung 219; 220  
 Geldersatz als Schadensersatz 327; 334  
 Geldforderung 389; 390; 394; 397; 399;  
 400; 405  
 Geldschulden 376; 377  
 Gemeinrecht 42–46; 47; 57  
 Gemeinwohlinteresse 354; 392  
 Genehmigung 122; 123; 186; 193; 492; 513  
   s.a. Einwilligung  
 Generalklausel 43; 103; 502  
 Gesamtanalogie 65; 68  
 Gesamtschuld 516–536  
   – analoge Anwendung der bürgerlich-  
   rechtlichen Regeln 517–520; 534  
   – unmittelbare Anwendung der bürger-  
   lichrechtlichen Regeln 524  
   – Ausgleichsanspruch 522–536  
   – Außenverhältnis 523; 531  
   – und Beweislast 520; 533  
   – Ehegattengesamtschuld 526  
   – und Ermessensbindung 524–526  
   – Innenverhältnis 522–535  
   – Rechtsfolgen 520–522  
   – Rechtsstaatsprinzip 520; 521  
   – unter polizei- und ordnungsrechtlich  
   Verantwortlichen 528–536

- Gesamtschuldner 62  
 Geschäftsfähigkeit 57; 183–199  
   s.a. Handlungsfähigkeit  
   s.a. Minderjährigenschutz  
 – Entgegennahme von Erklärungen 188; 189  
 – partielle Geschäftsfähigkeit 193  
 – Geschäftsunfähigkeit gem. § 104 BGB 190  
 – Zuweisung der bürgerlichrechtlichen Geschäftsfähigkeit durch verwaltungsrechtliche Spezialvorschriften 189; 190  
 Geschäftsführung ohne Auftrag 4; 45; 80; 101; 218; 233; 235; 479; 526; 535  
 Geschäftswille 369  
 Gesetzesanalogie 65  
 Gesetzgebungskörperschaften 351  
 Gesetzgebungskompetenz 107; 108  
 Gesetzesvorbehalt 93; 94; 99–105; 243  
 Gesetzmäßigkeit der Verwaltung 367  
 Gestaltungsklage 228  
 Gesundheitswesen 32  
 Gewaltverhältnis  
   – allgemeines 227  
   – besonderes 219; 220; 224; 235  
 Gewerbesteuerschuld 517  
 Gewinn, entgangener 334; 335  
 Gewohnheitsrecht 59  
 Gläubigerinteresse 342; 403  
 Gleichheitsgrundsatz 63; 65; 73; 82–87; 96; 98; 100; 102; 107; 108; 245; 467; 538  
 Grundgesetz 21; 47; 73; 107  
 Grundrechte 22; 34; 47; 48; 95; 100; 224; 521  
 Grundrechtsbindung 34; 35; 47; 48; 98; 100  
 Grundrechtsmündigkeit 185  
   s.a. Erziehungsrecht  
 Grundrechtswirkung im Privatrecht 34  
 Güterautonomie 30  
  
 Haftung 326–359; 367; 397; 430–440; 465; 537  
   s.a. Amtshaftung  
   s.a. culpa in contrahendo  
   s.a. Enteignungsanspruch  
   s.a. Enteignungsentschädigung  
   s.a. Erstattungsanspruch  
   s.a. Mitverschulden  
   s.a. Schadensersatz im Verwaltungsrecht  
   s.a. Schadensersatzanspruch  
   s.a. Unmöglichkeit  
   s.a. Verschulden  
   s.a. Vertragsverletzung, positive  
   s.a. Verzug  
   – Haftungsfreizeichnungsklauseln 438; 439  
   – Bürgerhaftung und Vorbehalt des Gesetzes 349–351  
   – Deliktshaftung 326; 327; 349; 359; 435; 436; 465  
   – Einschränkungbarkeit der Amtshaftung 425–440  
   – Einschränkungbarkeit der Beamtenhaftung 439  
   – für Erfüllungsgehilfen 434; 435  
   – Gefährdungshaftung 529  
   – Garantiehaftung 373; 375  
   – als Gesamtschuldner 517–536  
   – schuldunabhängige Haftung 529  
   – Haftung wegen Leistungsstörungen als Ergänzungstatbestand des öffentlichrechtlichen Haftungssystems 326–331  
   – Haftungsausschluß bei Anschluß- und Benutzungszwang 438; 439  
   – Haftungsausschluß und Verzug 397  
   – Haftungsbeschränkungen für L. nach privatrechtlichen Grundsätzen 430–440  
   – Haftungsbeschränkungen und AGB 431–433  
   – bei Minderjährigen 431; 434  
   – Haftungsprivilegien 430  
   – Kritik an der Übertragung der privatrechtlichen Haftungsregeln ins Verwaltungsrecht 331–337  
   – Verhinderung einer Haftungsprivilegierung 347–349  
   – für fremdes Verschulden 357–359  
   – Verschuldenshaftung 351–357  
 Handlung, unerlaubte 464  
 Handlungsautonomie 30  
 Handlungsfähigkeit 183–204  
   s.a. Geschäftsfähigkeit  
   s.a. Minderjährigenschutz  
   – Entgegennahme von Erklärungen 188; 189  
   – Kongruenz von Verfahrensfähigkeit und materiellrechtlicher Handlungsfähigkeit 185–189  
   – mangelnde 196–199  
   – partielle gem. §§ 112, 113 BGB 191–193  
   – Testierfähigkeit 186  
   – des gesetzlichen Vertreters neben der des Minderjährigen 199; 200

- und Verfahrensbetreuungspflicht 190
- Handlungsstörer 476; 477; 529; 532
- Hausrecht 14
- Hinterlegung 441; 442
  
- Immissionsschutz 32; 39
- Individualinteresse 342; 343; 354
- Induktion 70; 89
- Inhaltskontrolle 34
- Interessentheorie 24
  - s.a. Abgrenzungstheorien
- Interventionsstaat 21
- Irrtum 51; 60; 86; 125; 144; 146; 147; 176; 177;
  - s.a. Anfechtung
  - s.a. Willenserklärung
  
- Kanalbenutzungsverhältnis 340; 417; 421
- Kassenidentität 445
- Kassenverstärkungskredite 403
- Kirchensteuer 427
- Körperschaften, öffentlichrechtliche 350; 351; 357; 436
- Kompetenzordnung, bundesstaatliche 107; 108
- Konkurrentenverhältnis 39; 117
- Konkurs 507
- Koordinationsverhältnis 342; 360
  - s.a. Vertrag, koordinationsrechtlicher
- Kostenersatz 476
- Kündigung 21; 65; 105; 364; 368; 369; 378; 386; 393; 415; 441; 478; 494; 495
  
- Lastenverteilung im Kostenrecht 521; 528–533
- Legalzession 510; 511; 518; 527
- Leistungen, nichtvermögenswerte 343
- Leistungsbefehl 453–456
- Leistungsbescheid 410; 411; 451–456; 459; 460; 475
- Leistungsbestimmung, nachträgliche 299–302
- Leistungsklage 228; 379; 408–411
- Leistungsstörungen in verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnissen 4; 84–86; 98–101; 237; 326–440; 540
  - s.a. Haftung
  - s.a. Schuldverhältnis, verwaltungsrechtliches
  - s.a. Unmöglichkeit
  - s.a. Unvermögen
- Amtshaftung 435–440
- Beweislastverteilung 328; 335; 353
- *clausula rebus sic stantibus* 368; 369
- *culpa in contrahendo*, öffentlichrechtliche 421–425
- Haftung wegen L. als Ergänzungstatbestand des öffentlichrechtlichen Haftungssystems 326–331
- Haftungsbeschränkungen für L. nach privatrechtlichen Grundsätzen 430–440
- Kritik an der Übertragung der privatrechtlichen Haftungsregeln ins Verwaltungsrecht 331–337
- pVV 411–421
- Verschulden, fremdes 357–359
- Verschuldenshaftung 351–356
- Verzug 388–411
- Verzugszinsen 398–406
- Analogie zum Privatrecht 347–351
- Wegfall der Geschäftsgrundlage 368; 369; 377; 378
- Zurückbehaltungsrecht 425–430
- Leistungsverwaltung 20–22; 98
- Leistungsverweigerungsrecht 471; 510
- Liquiditätserfordernis 450; 451
- Lückenfüllung 18; 22; 23; 29; 44; 46; 52–57; 60; 62; 67–69; 80–87; 94–107; 148; 226; 229; 230; 335; 336
  - s.a. Analogie
  - s.a. Anwendung, rechtsgrundsätzliche
  - s.a. Regelungslücke
- Mahnung 395; 396; 406
- Mehrfachabtretungen 509
- Mehrwert des Staates, rechtlicher 48
- Meistbegünstigungsgrundsatz 142
- Menschenwürde 30; 34
- Mieterschutz 21
- Minderjährigenschutz 61; 96; 183–205; 538; 539
  - s.a. Geschäftsfähigkeit
  - s.a. Handlungsfähigkeit
- und Anstaltsnutzung 200–205
- und vorherige Einwilligung des gesetzlichen Vertreters 193–195
- Entgegennahme von Erklärungen 188; 189
- als Fundamentalprinzip der Rechtsordnung 200
- und rechtlich vorteilhafte Geschäfte 193–195
- und Geschäftsfähigkeit 183–199
- und Grundrechtsmündigkeit 185
- und verwaltungsrechtliche Handlungsfähigkeit 183–190

- Mißbrauchsverbot 271–276  
 Mitverschulden 79; 315–325; 327; 345; 367; 421  
 – bei Schadens- und Entschädigungsansprüchen 315–318  
 – beim Folgenbeseitigungsanspruch 318–323  
 – beim Erstattungsanspruch 324; 325  
 Mitwirkungshandlung  
   s.a. Einvernehmensefordernis  
 – Rücknahme einer M. 162–168
- Nachbarklagen 39  
 Nachbarschaftsverhältnis  
 – baurechtliches 39; 98; 278; 279  
 Nachbarschutz 32; 50  
 Nachfolgefähigkeit 496–500  
 Nachfolgetatbestand 495; 496  
 Nähe 339–341; 344; 349  
 – als Kriterium der Eingrenzung des verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses 339–341  
 Naßauskiesungsfall 486  
 Naturrecht 9; 10  
 Naturalrestitution 327; 334  
 Nebenbestimmungen 110  
 Nebenpflichten 276–278; 339; 341; 344–346; 353; 355; 360, 361; 367; 381; 391; 411–414; 417; 418; 421–424; 439; 508  
 Nichtanwendung von Gesetzen 275; 276  
 Nichtstörer 532  
 Wichtigkeit 363–373; 425  
 Nießbrauch 364  
 Notstandsstörer 535
- Ordnungsbehörden 528–536  
 Organwalter, ehrenamtlicher 344; 345
- Passivforderung 444; 453; 461; 464  
 Person, juristische 358; 359  
 Personalautonomie 30  
 Polizei 528–536  
 Primärnorm 44; 45  
 Privatautonomie 7; 10; 30–34; 48; 114; 133; 362  
 Prozeßzinsen 406–411  
 Publizierung 31–35  
 pVV s. Vertragsverletzung, positive
- Recht, subjektives öffentliches 9; 38; 46; 334; 343; 351; 352  
 Rechte und Pflichten, höchstpersönliche 497–499; 506; 515
- Rechtsähnlichkeit 538  
 Rechtsausübung, unzulässige 271–276  
 Rechtsfolgenverweis 79; 80  
 Rechtsfortbildung 90; 93  
 Rechtsgeschäft zu Lasten Dritter 115  
   s.a. Vertrag zu Lasten Dritter  
 Rechtsgrundsatz  
   s.a. Anwendung, rechtsgrundsätzliche  
 – allgemeiner 16; 58; 60; 65–68; 71–77; 82; 106; 107; 144; 330; 345; 416; 430; 446; 447; 473; 474  
 – besonderer 73; 331; 332  
 Rechtsnachfolge 495–500  
 – Nachfolgefähigkeit 495–500  
 – Nachfolgetatbestand 495; 496  
 Rechtsnachfolger 476  
 Rechtsschutz, verwaltungsrechtlicher 11; 13; 33; 43; 44; 46; 142; 485; 486  
 Rechtssicherheit 99–101; 103; 242; 243  
   s.a. Bestimmtheit  
   s.a. Rechtsstaatsprinzip  
   s.a. Vorhersehbarkeit  
 Rechtsstaatsprinzip 22; 242–247; 520; 521  
 Rechtsverhältnis, öffentlichrechtliches 2; 4; 28; 30; 40; 78; 85; 91; 93; 218; 219  
   s.a. Rechtsstaatsprinzip  
   s.a. Rechtsverhältnis, verwaltungsrechtliches  
   s.a. Schuldverhältnis, verwaltungsrechtliches  
 Rechtsverhältnis, verwaltungsrechtliches 22; 218–325  
   s.a. Schuldverhältnis, verwaltungsrechtliches  
   s.a. Vertrag, verwaltungsrechtlicher
- Anliegen der Rechtsverhältnislehre 218–222  
 – Begriff 226–229  
 – als Gegenseitigkeitsordnung 219; 220  
 – und besonderes Gewaltverhältnis 219; 220  
 – Grenzen der Rechtsverhältnislehre 223–225  
 – Inhalt 237–325  
 – Leistungen der Rechtsverhältnislehre 223–225  
 – mehrpolige 222; 256; 278  
 – Nebenpflichten 276–278  
 – und pVV 411–421  
 – Vor- u. Nachwirkungen 276–278  
 – Typen von verwaltungsrechtlichen R. 231–237

- Rechtsverhältnislehre 218–226  
 Rechtsverweigerung 92  
 Rechtswegzuweisung 23; 25; 43–45  
 Regelungslücke  
   s.a. Analogie  
   s.a. Anwendung, rechtsgrundsätzliche  
   s.a. Lückenfüllung  
 – bewußte 83–84  
 – echte 84–86  
 – unechte 84–86  
 – Gebietslücke 83  
 – Scheinlücke 86  
 Regelverjährungsfrist 536  
 Richterrecht 81; 90–101; 105; 129; 132;  
 261; 349; 489  
 – gesetzvertretendes 91  
 Rücknahme 60; 159–173; 243; 538  
 – und Anfechtung 169–173  
 – ex nunc Wirkung 161; 162  
 – bis zur Unanfechtbarkeit 162–168  
 – von Mitwirkungshandlungen 162–168  
 – und Vertrauensschutz 161–168  
 – und Widerruf 159; 160  
 Rücktritt vom Vertrag 383; 384; 393; 414;  
 415; 441; 493–495  
 Rückwirkungsfiktion der Aufrechnungs-  
 erklärung 451–456
- Sachenrecht, öffentliches 16; 19; 37; 155;  
 478; 479  
 Sachenrecht, privatrechtliches 227  
 Satzungsautonomie 103; 104  
 Satzungsermächtigung, gesetzliche 103;  
 436–438  
 Schadensersatz wegen Nichterfül-  
 lung 380–383  
 Schadensersatz im Verwaltungsrecht  
 302–325; 329; 331; 334; 337; 346;  
 347; 361; 366; 367; 374; 375; 380;  
 383; 386; 387; 389; 391; 393; 397;  
 399; 414; 416–425; 440; 485; 486;  
 540  
   s.a. Aufopferungsanspruch  
   s.a. Entschädigungsanspruch  
   s.a. Enteignungsentuschädigung  
   s.a. Erstattungsanspruch  
   s.a. Folgenbeseitigungsanspruch  
   s.a. Haftung  
   s.a. Mitverschulden  
 – Anwendbarkeit der §§ 249–254 BGB  
 auf verwaltungsrechtliche Schadenser-  
 satzpflichten 302–305  
 – Anwendbarkeit der §§ 249 ff. BGB auf  
 Entschädigungs- und Folgenbeseiti-  
 gungsansprüche 306–311  
 – und Drittschadensliquidation 305; 306  
 – und Mitverschulden analog § 254 BGB  
 315–325  
 – und Vorteilsausgleich 312–315  
 Schadensersatzanspruch 83–85; 88; 91;  
 96; 98; 101; 102; 180; 215; 218; 315–318;  
 485; 486; 526; 532  
 – sekundärer Schadensersatzan-  
 spruch 485; 486  
 – für Nichtstörer 532  
 Scheinlücke 86  
 Schlachthofentscheidung 340; 417; 432  
 Schlechtleistung 341–344; 348; 361; 391;  
 412; 414; 418  
 Schuldbeitritt, gesetzlicher 514–516  
 Schuldrecht, besonderes 227  
 Schuldübernahme 511–514  
 Scheinlücke 84–86  
 Schuldverhältnis, gesetzliches 516–536  
 Schuldverhältnis, verfassungsrechtli-  
 ches 347  
 Schuldverhältnis, verwaltungsrecht-  
 liches 3; 40; 78; 83; 85; 89; 91; 218; 219;  
 326; 537  
   s.a. Leistungsstörungen  
   s.a. Aufrechnung  
   s.a. Erlaß  
   s.a. Erlöschten  
   s.a. Hinterlegung  
   s.a. Verjährung  
   s.a. Verwirkung  
   s.a. Verzicht  
 – Anwendung des ABGB 290–298  
 – begriffliche Eingrenzung des 226–229;  
 338–347  
 – Erlöschen 441–495  
 – und pVV 411–421  
 – Typen 231–237  
 Schulentcheidung 417; 419  
 Schweigen im Verwaltungsrecht 84; 121–  
 125  
 Sekundärnorm 44; 45  
 Selbstbindung der Verwaltung 90  
 Selbstexekution 445; 450; 458; 464; 540  
 Selbstkontrahierung 216; 217  
 Selbstverwaltungskörperschaften 42; 345;  
 437; 438; 440  
 Sicherheitsleistung 411  
 Sicherstellung 426  
 Sicherungsinteresse 459  
 Sittenwidrigkeit 239; 364

- Sonderstatusverhältnis  
   s. Gewaltverhältnis, besonderes  
 Sonderprivatrecht 49  
 Sonderrecht des Staates 59  
 Sonderverbindung, verwaltungsrechtliche 331  
   s.a. Gewaltverhältnis, besonderes  
 Sozialhilfe 465; 475; 498  
 Sozialleistungen 472; 473; 497  
 Sozialstaat 21; 47  
 Sparsamkeitsgebot der Verwaltung 463; 487  
 Spielplatzentscheidung 417; 420  
 Staatshaftungsrecht 24; 91; 96  
   s. Amtshaftung  
 Staatsrecht 13  
 Stadtsiegelfall 478  
 Stellvertretung  
   s. Vertretung  
   s. Vollmacht  
 – mittelbare 217  
 Steuerboykott 427  
 Steuerrecht 94  
 Steuerrechtsverhältnis 233  
 Störerauswahl 528; 529  
 Strafgefangenenverhältnis 417; 419  
 Studentenschaftsbeiträge 427  
 Stufenklage 409  
 Subjektstheorie, modifizierte 24  
   s.a. Abgrenzungstheorien  
 Subordinationstheorie 24  
   s.a. Abgrenzungstheorien  
 Subordinationsverhältnis 2; 27; 35; 97; 342; 360; 521; 523  
   s.a. Vertrag, subordinationsrechtlicher  
 Subtraktionsmethode 412  
 Subventionen 457; 474; 514  
 Subventionsanspruch 499; 502; 504  
 Subventionsbescheid 461  
 Subventionsverhältnisse 341; 392  
 Surrogationsmethode 383  
 Suspensiveffekt 457–461  
 Systemgerechtigkeit 49  
  
 Täuschung 177–179  
 Testierfähigkeit 186  
 Transformation privatrechtlicher Regeln  
   ins Verwaltungsrecht 33; 37; 60; 72; 81; 82; 87–93; 97; 103; 230; 390; 394–397; 428; 443–445; 448–471  
 – der Aufrechnungsregeln 443–445; 448–471  
 – privatrechtlicher Institute 33; 34  
   – der Verzugsregeln 390; 394–397  
   – der Zurückbehaltungsregelungen 428  
 Trennung von öffentlichem Recht und Privatrecht 6–50; 52; 58; 59; 61; 66; 79  
   s.a. Abgrenzungstheorien  
   s.a. Zweistufentheorie  
 – Annäherungstendenzen der Teilrechtsordnungen 29–42  
 – Entwicklung 7–20  
 – unter dem Grundgesetz 21–42  
 – Komplementarität von öffentlichem Recht und Privatrecht 44–47  
 Trennung von Staat und Gesellschaft 47  
 Treu und Glauben im Verwaltungsrecht 34; 59; 66; 67; 69; 75; 76; 88; 98; 105; 106; 133; 143; 215; 238–289; 369; 375; 414; 422; 425; 465; 539  
 – Berufung auf Formmangel 271–274  
 – Bindung an Auskünfte 265–271  
 – Bindung an Zusagen 260–264  
 – und *clausula rebus sic stantibus* 279–289  
 – Folgen falscher Belehrung 265–271  
 – in Herstellungslagen 266–271  
 – und baurechtliches Nachbarverhältnis 278; 279  
 – und Nebenpflichten 276–278  
 – Rechtsausübung, unzulässige 271–276  
 – Mißbrauchsverbot 271–276  
 – Nichtanwendung von Gesetzen 271–274  
 – Verbot widersprüchlichen Verhaltens 245; 246  
 – Verfristung 251–253  
 – Verjährung 251–253  
 – Vertrauensschutz 241–245; 247; 265  
 – Verwirkung 246–259  
 – Wegfall der Geschäftsgrundlage 279–289  
  
 Umdeutung 142  
 unerlaubte Handlung 464  
 Unmöglichkeit 328; 359–388; 393  
   – der Behördenleistung 362; 363  
   – anfängliche objektive Unmöglichkeit 362–365; 366; 373; 385  
   – anfängliche subjektive Unmöglichkeit 368–376; 379; 385  
   – nachträgliche objektive und subjektive Unmöglichkeit 376–384; 385; 387  
   – rechtliche Unmöglichkeit 362; 364; 365; 378

- in nichtvertraglichen Rechtsverhältnissen 384–388
- in verwaltungsrechtlichen Verträgen 360–384
- vorübergehende Unmöglichkeit 365; 366
- und Wegfall der Geschäftsgrundlage 360; 368; 369; 377
- Unpfändbarkeit 464; 465
- Unvermögen
  - s. Unmöglichkeit, subjektive
- Verbandskompetenz 371
- Verbandswesen 16
- Verbot widersprüchlichen Verhaltens 245; 246
- Verbraucherschutz 30
- Vereinsvorstand 351
- Verfahrensbetreuungspflicht 190; 423–425; 487
- Verfahrensfähigkeit 185–187
- Verfahrensfehler 363
- Verfahrensgarantien 51
- Verjährung 17; 30; 251–253; 327, 328; 458; 471–491
  - analoge Anwendung des bürgerlichen Rechts 473–480
  - Beginn 481
  - Berechnung der Verjährungsfristen 489–491
  - und sicherheitsrechtliche Eingriffsbefugnisse 475–478
  - Hemmung 772; 481
  - Regelverjährungsfrist 536
  - Übertragung des bürgerlichen Rechts 473; 474
  - Unterbrechung 472; 481–486
  - Unverjährbarkeit 475–479
  - im Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht 475
  - nichtvermögensrechtlicher Ansprüche im Verwaltungsrecht 474–476
  - Verjährungsfrist 327; 328; 472; 475; 480; 481
  - und Vorbehalt des Gesetzes 479, 480; 487; 489
  - Wirkungen 486–489
  - Zweck 478; 480
- Vermögensschaden 334
- Vermögensübernahme 514
- Vermengungstheorie, eingeschränkte 130; 131
- Verpflichtungsklage 408–411
- Verpflichtungsvertrag 362–364; 372; 382
- Verrechnungsausgleich 445
- Verschulden 328; 329; 335; 351–359; 367; 380; 381; 395; 400; 528
  - s.a. Verschuldenshaftung
  - fremdes 357–359
  - Verschuldensmaßstab 353–355; 380; 381
  - Verschuldensprinzip 351; 352; 356
- Verschuldenshaftung 351–356; 374; 376; 400
  - s.a. Haftung
  - s.a. Leistungsstörungen
  - s.a. Verschulden
- Vertrag, koordinationsrechtlicher 365–367; 375; 379; 380
- Vertrag, naturrechtlicher 9; 10
- Vertrag, öffentlichrechtlicher
  - s. Vertrag, verwaltungsrechtlicher
- Vertrag, subordinationsrechtlicher 362–364; 372; 375; 382; 384
- Vertrag, verwaltungsrechtlicher 2; 14; 16; 18; 19; 22; 23; 28; 30; 37; 45; 83; 116; 118; 168; 174–177; 215; 232; 348; 349; 362–368; 371; 374–376; 379; 388; 390–394; 398; 424; 426; 431; 460; 467; 478; 487; 492; 511; 515; 516; 522
  - und Anfechtung 176–181
  - Bindung an den Antrag 173–176; 369
  - koordinationsrechtlicher 365–367; 375; 379; 380
  - subordinationsrechtlicher 362–364; 372; 375; 382; 384
- Vertragsanpassung 368; 369; 494
- Vertragsbindung, Grundsatz der 369
- Vertragsverletzung, positive 97; 102; 268; 339; 342; 344; 346; 352; 356; 358; 360; 361; 391; 411–421
  - s.a. Forderungsverletzung, positive
  - Fallgruppen 415–417; 419–421
  - im Verwaltungsvertragsrecht 413–415
  - in sonstigen verwaltungsrechtlichen Leistungsbeziehungen 415–421
  - Voraussetzungen der Übertragbarkeit der pVV auf verwaltungsrechtliche Rechtsverhältnisse 417; 418
- Vertrag zugunsten Dritter 298; 299; 513
- Vertrag zu Lasten Dritter 508; 513
- Vertrauensschaden 366; 424 Vertrauensschutz 278; 422; 423; 539
  - und der Grundsatz von Treu und Glauben 241–245; 247; 265
  - und Rücknahme 161–168

- Vertretbarkeit einer Handlung 498; 500  
 Vertreter 359; 431; 434  
 – gesetzlicher 359; 431; 434  
 – verfassungsmäßig berufener 359  
 Vertretung 206–217; 539  
 Verwahrung, öffentliche 83; 218; 235; 355; 426  
 Verwaltungsakt 14; 18; 21–23; 45; 49; 51; 104; 106; 110–118; 122; 131; 134; 136; 142; 147–151; 155; 161; 163; 164; 170–173; 225; 232; 235; 362; 363; 370–372; 379; 382; 384; 385; 392; 395; 408; 410; 423; 425; 432; 441; 442; 444; 448; 451; 453–459; 461; 465–471; 475; 482–485; 491; 503; 516; 538  
 Verwaltungsgerichtsbarkeit 13  
 Verwaltungsinteresse 342; 343  
 Verwaltungsprivatrecht 20; 22; 35; 36; 49  
 Verwaltungsrechtsakzessorietät 32  
 Verwaltungsschuldrecht, allgemeines 540  
 Verwaltungsvollstreckung 484  
 Verwaltungszwang 397; 503; 504  
 Verwirkung 59; 75; 106; 246–259; 491  
 – und Beendigung eines verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses 491  
 – und Dispositionsbefugnis 254–256  
 – und Ermessen 254–256  
 – und öffentliches Interesse 254–256  
 – im bipolaren Rechtsverhältnis 254  
 – im multipolaren Rechtsverhältnis 256; 257  
 – von Verfahrens- und prozessualen Rechten 257–259  
 – Rechtsfolgen 259  
 Verzicht 181; 182; 491; 492  
 – und Beendigung eines verwaltungsrechtlichen Schuldverhältnisses 491; 492  
 – Verzichtserklärung 181; 182  
 Verzinsung von Forderungen 30; 85; 104; 106  
 Verzögerungsschaden 401–404  
 Verzug 328; 338; 344; 375; 388–411; 418  
 – Ausschluß der Verzugshaftung 397  
 – und Amtshaftung 399  
 – Fälligkeit 395; 396  
 – in nichtvertraglichen Leistungsbeziehungen 394–397  
 – Rechtsfolge 392; 393  
 – Übertragbarkeit der privatrechtlichen Verzugsregeln 390–392; 394  
 – und Prozeßzinsen gem. § 291 BGB 406–411  
 – in verwaltungsrechtlichen Verträgen 390–393  
 – und Verwaltungszwang 397  
 – Verzugszinsen 330; 344; 390; 397–406  
 – Voraussetzungen 392; 395  
 Verzugs Schaden 391; 393; 396; 397; 404  
 Verzugszinsen 330; 344; 390; 397–406  
 – und Vorbehalt des Gesetzes 405; 406  
 Vollmacht 4; 206–210; 213  
 s.a. Vertretung  
 – Anscheinsvollmacht 4; 208–210; 213  
 – Duldungsvollmacht 208–210; 213  
 Vollziehung, sofortige 410; 459; 461; 532  
 Vollzugstheorie 458  
 Vorbehalt des Gesetzes 49; 80; 93–107; 349–351; 405; 406; 428; 447; 448; 479; 480; 487; 489; 503; 520; 534; 537  
 – und Abtretung 503  
 – und Aufrechnung 447; 448  
 – und Bürgerhaftung 349–351  
 – und Gesamtschuld 520; 534  
 – und Übertragung privatrechtlicher Vorschriften 93–107  
 – und Verjährung 479; 480; 487; 489  
 – und Verzugszinsen 405; 406  
 – und Zurückbehaltungsrecht 428  
 Vorhersehbarkeit 99–101; 103; 242; 243; 406  
 s.a. Bestimmtheit  
 s.a. Rechtssicherheit  
 Vorlagepflicht des Richters 93  
 Vorrang des Gesetzes 49; 91; 92; 93  
 Wahl der Rechtsformen, s. Formenwahlfreiheit  
 Wahlen 351  
 Wahlrechtsverhältnis 344; 345  
 Wegfall der Geschäftsgrundlage 279–289; 360; 368; 369; 377; 494  
 – anfängliches Fehlen 284, 285  
 – bei informalem Verwaltungshandeln 285, 286  
 – als Ausnahme bestehender Bindungen 288  
 – und Unmöglichkeit 360; 368; 369; 377  
 – Verwaltungsgrundlage, besonderes Kündigungsrecht der Verwaltung 288; 289  
 Werttendenz 75; 77  
 Wesentlichkeitstheorie 95–97; 102; 447; 448; 480  
 Widerruf 144–183; 538  
 s.a. Willenserklärung



- Anwendung der bürgerlichrechtlichen Vorschriften 144–150
- und Rücknahme 159–168
- und Verwaltungsakt 150–158
- Widerspruch 105; 136; 149; 165; 407, 408; 451; 456–462; 471; 484; 540
- Willenserklärung 3; 13; 46; 78; 88; 89; 96; 104; 105; 109–216; 378; 379; 420; 444; 454; 466; 471; 490; 537
  - Arten 121–144
  - und behördliche Aufrechnungserklärung 105; 465–471
  - ausdrückliche 121
  - Auslegung 121–144; 132–144
  - Begriff 109–111
  - als Betätigungserklärung 116
  - Doppelnatur prozessualer und materieller Erklärungen 155–158
  - durch Schweigen 121–125
  - empfangsbedürftige und nicht empfangsbedürftige 124–132
  - Funktion des Begriffs 111–113
  - konkludente 121; 122; 142; 201
  - und öffentlichrechtlicher Vertrag 173–181
  - privatrechtliche Willenserklärung und öffentlichrechtliche Rechtsakte 115–119
  - und Unmöglichkeit 378; 379
  - außerhalb des Verwaltungsverfahrens 181–183
  - rückwirkender Widerruf 159; 160
  - als Wirkungserklärung 116
  - Unterschiede zwischen privatrechtlichen und verwaltungsrechtlichen Willenserklärungen 114; 115
  - verwaltungsrechtliche Willenserklärung 3; 19; 78; 88; 109–216
  - Verzicht 181; 182
  - Widerruf 144–183
  - Zugang 121–144; 125–132
- Willensmangel 538
  - s. Anfechtung
  - s. Widerruf
  - s. Willenserklärung
- Berücksichtigung von Willensmängeln 169–171
- Wirksamkeitstheorie 458
- Wirkung, aufschiebende 411
- Wirkungserklärung 116
- Zahlungsverjährung 471
- Zedent 505; 508; 509
- Zessionar 505; 509
- Zinssatz, gesetzlicher als Mindestschaden 404; 405
- Zugang 30; 121; 125–132; 490; 491
  - s.a. Bekanntgabe des VA
  - s.a. Willenserklärung
- und Berechnung der Verjährungsfristen 490; 491
- empfangsbedürftiger öffentlichrechtlicher Erklärungen 121; 125–132
- von Erklärungen unter Abwesenden 128–130
- von Erklärungen unter Anwesenden 130–132
- und Empfangstheorie 127
- und eingeschränkte Vernehmungstheorie 130; 131
- und Wirksamkeit des VA 125, 126; 131
- Zeitpunkt 126; 127
- Zugangshindernisse 127; 128
- Zugangsvermutung 490; 491
- Zurückbehaltungsrecht 425–430
- Zusage 260–264
  - rechtmäßigen Verwaltungshandelns 262
  - rechtswidrigen Verwaltungshandelns 262–264
- Zusicherung 260
- Zustandsverantwortlichkeit 498; 528; 532; 533
- Zustellung 407
- Zwangsgeld 498
- Zwangskauftheorie 33
- Zwangsvollstreckung 507
- Zweckgemeinschaft 519
- Zweistufentheorie 21; 36, 37; 341

# Jus Publicum

## Beiträge zum Öffentlichen Recht

### Alphabetisches Verzeichnis

- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 1999. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Claasen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Gross, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Holznapel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Korioth, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Lehner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Puhl, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozek, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.

- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmung. 1997. *Band 25*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Volkmann, Uwe*: Solidarität - Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Voßkuhle, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

*Einen Gesamtkatalog erhalten Sie gerne von  
Mohr Siebeck, Postfach 2040, D-72010 Tübingen.  
Aktuelle Informationen im Internet unter <http://www.mohr.de>*

Mohr Siebeck